



ZivilCourage

Magazin der DFG-VK



FRIEDEN GEHT!

STAFFELLAUF 2018
gegen Rüstungsexporte

Oberndorf - Kassel - Berlin | 21. Mai - 2. Juni

Kathi Müller: Nötig wäre ein friedenspolitischer Neuanfang, keine Große Koalition

Thomas C. Schwoerer: Mit 60 immer noch modern und höchst aktuell 

Tobias Damjanov: Welche Zukunft will die DFG-VK haben?

DFG-VK vor Ort: Die Gruppe Köln im Porträt

Adressen

DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle

Werastraße 10, 70182 Stuttgart

Telefon 0711 - 51 89 26 26

Telefax 0711 - 24 86 96 22

E-Mail office@dfg-vk.de

Politischer Geschäftsführer

Michael Schulze von Glaßer

Telefon 0176 - 23 57 52 36

E-Mail svg@dfg-vk.de

BundessprecherInnenkreis

- Ralf Buchterkirchen
E-Mail buchterkirchen@dfg-vk.de
- Benno Malte Fuchs
E-Mail fuchs@dfg-vk.de
- Jürgen Grässlin
E-Mail graesslin@dfg-vk.de
- Kathi Müller
E-Mail mueller@dfg-vk.de
- Christoph Neeb
E-Mail neeb@dfg-vk.de
- Thorge Ott
E-Mail ott@dfg-vk.de
- Torsten Schleip
E-Mail schleip@dfg-vk.de
- Thomas Carl Schwoerer
E-Mail schwoerer@dfg-vk.de

DFG-VK-Shop

Werastraße 10, 70182 Stuttgart

Telefon 0711 - 51 89 26 26

Telefax 0711 - 24 86 96 22

E-Mail shop@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverbände und DFG-VK-Gruppen im Internet:

www.dfg-vk.de/kontakte

Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK

Braunschweiger Straße 22

44145 Dortmund

Telefon 0231 - 81 80 32

E-Mail stiftung@dfg-vk.de

www.bertha-von-suttner-stiftung.de

Redaktion *ZivilCourage*

Werastraße 10, 70182 Stuttgart

Telefon 0711 - 51 89 26 20

E-Mail zc@dfg-vk.de

www.zivilcourage.dfg-vk.de

Liebe Leserin, lieber Leser, ja, Du hältst die „gute alte“ *ZivilCourage* in der Hand – die Zeitschrift also, die jedes DFG-VK-Mitglied seit 1974 mehrmals im Jahr bekommt. Nun aber in neuer Aufmachung: aufgelockerter, bunter, lesbarer.

Aber auch inhaltlich gibt es einiges Neues. Die gegenüberliegende Seite zeigt es. Dort wird ab jetzt immer ein Leitartikel stehen, der aus pazifistisch-antimilitaristischer Sicht eine Orientierung zu aktuellen Entwicklungen geben soll. Kathi Müller, seit November neu (und leider als einzige Frau) im DFG-VK-BundessprecherInnenkreis, macht den Anfang mit ihrer Einschätzung der neuen Regierung.

Auch die Titelgeschichte wurde von einer jungen Frau geschrieben. Sarah Gräber arbeitete im letzten Jahr für einige Monate als Praktikantin in der baden-württembergischen DFG-VK-Landesgeschäftsstelle. Sie wurde in dieser Zeit Mitglied in unserer Organisation, und nun organisiert sie in der Bundesgeschäftsstelle hauptverantwortlich „Frieden geht!“, den Staffellauf gegen Rüstungsexporte, der vom 21. Mai bis 2. Juni von der Waffenstadt Oberndorf ins politische Zentrum der Republik nach Berlin führt.

Neu ist auch, dass wir unter dem Stichwort „Global betrachtet“ nun regelmäßig Nachrichten aus dem weltweiten Netzwerk von KriegsgegnerInnen präsentieren wollen. David Scheuing, ebenfalls ein „U-35er“ – also jünger als 35 Jahre – ist unser neuer Vertreter bei der War Resisters' International, unserem internationalen Dachverband. Ich habe mich sehr gefreut, dass er nicht nur vorschlug, in der *ZivilCourage* kontinuierlich den Blick über den deutschen Tellerrand zu werfen, sondern sich bereit erklärte, dafür die Beiträge zu liefern.

Und auf eine weitere Neuerung, will ich an dieser Stelle hinweisen: die Heftmitte. Dort soll nun immer der Blick auf die „DFG-VK vor Ort“ gerichtet werden. Unsere DFG-VK ist die einzige Friedensorganisation, die bundesweit mit mehreren Dutzend örtli-

chen und regionalen Gruppen für den Frieden und gegen jeden Krieg aktiv ist. Dieses Engagement gerät in den bundesweiten Gremien vielleicht zu oft aus dem Blick. Dabei ist diese Arbeit die Basis für das Wirken der DFG-VK als Gesamtverband. Grund genug also, einzelne Gruppen in ihren je unterschiedlichen Rahmenbedingungen vorzustellen und Erfahrungen zu teilen. In dieser Ausgabe ist es die Gruppe Köln, die bereit war, sich zu präsentieren.

Und noch etwas ist neu: Tobias Damjanov schickte vor einigen Wochen einen Text, und schrieb schon gleich dazu, dass der wohl für die *ZivilCourage* zu lang sei. Das war er in der Tat, aber ich schlug ihm vor, er solle doch eine Kurzfassung erstellen; die könne dann in der Print-Ausgabe abgedruckt werden, und die Langfassung komme in die Online-Ausgabe. So haben wir es nun auch gemacht: Sein mit vielen Fragen und Vorschlägen verbundenes Resümee nach jahrzehntelangem Engagement in der DFG-VK auf verschiedenen Ebenen, stellt er auf zwei Seiten in dieser Ausgabe zur Diskussion. Die ausführliche Fassung findet sich unter www.zivilcourage.dfg-vk.de im Internet. Dort steht übrigens auch das ganze Heft als PDF zum Download bereit, und einzelne Beiträge sind dort direkt lesbar. Im Laufe des Jahres sollen alle Ausgaben der letzten Jahre online verfügbar gemacht werden. Print und Online muss also kein Gegensatz sein, beide können sich ergänzen.

Die „gute alte“ *ZivilCourage* wird mit diesen ganzen Änderungen also hoffentlich zur „guten neuen“ *ZivilCourage*. Über ein Feedback – als Brief, am Telefon oder per E-Mail und gerne auch zur Veröffentlichung in der Rubrik „Briefe“ – freut sich

Stefan Philipp



Foto privat

Nötig wäre ein friedenspolitischer Neuanfang, keine neue alte Große Koalition

Von Kathi Müller



Foto privat

Die Monate seit der Bundestagswahl waren ungewiss, ja fast angst-erfüllt für so manchen Bürger/manche Bürgerin der Bundesrepublik. Deutschland, so ganz ohne eine richtige Regierung, schwankte am Abgrund des Chaos. Dieses Gefühl bekamen viele Deutsche, wenn sie die Statements der PolitikerInnen in den Tagesthemen hörten. „Deutschland braucht eine stabile Regierung.“ Auch JournalistInnen wiederholten dieses Mantra in jedem ihrer Beiträge. Schon seit den Jamaika-Sondierungen zählte der sogenannte Countdown-Journalismus die Tage bis zum vermeintlichen Zusammenbruch.

Eine Mehrheit der SPD-Mitglieder hat das verunsicherte deutsche Volk und ganz Europa Anfang März aufatmen lassen: die Große Koalition geht in eine neue Runde. Die scheinbare Stabilität kehrt zurück, während die SPD ihre Erneuerung auf Eis legt. Jusos, progressive Kräfte und Friedensbewegte hätten sich etwas anderes gewünscht als ein „Weiter so“. Das wird zur Nebensache. Der Stillstand ist vorbei. Jetzt wird aufgerüstet.

Der Koalitionsvertrag gibt Aufschluss darüber, was wir, Europa und die Welt in den nächsten vier Jahren zu erwarten haben. Die Minister werden andere sein, die Agenda bleibt die gleiche.

Deutschland wird weiterhin Waffen an menschenrechtsverletzende Staaten exportieren und das mit dem Erhalt von Arbeitsplätzen begründen. Die Regierung wird weiterhin ihren Teil dazu beitragen, dass ZivilistInnen in Krisenregionen sterben. Die „Leopard 2“-Panzer, mit denen zurzeit Kurden und Kurden in Afrin angegriffen werden, sind nur eines von vielen Beispielen dafür.

Nicht nur deutsche Waffen, auch die Bundeswehr selbst ist in den Krisengebieten im Einsatz. Mit der „GroKo“ werden die Auslandseinsätze weitergehen und ausgeweitet.

Die neue Bundesregierung hat außerdem zugesichert, in Zukunft zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts, also etwa 70 Milliarden Euro, für „Verteidigung“ auszugeben, und fügt sich somit den wahnwitzigen Forderungen Donald Trumps. Zahlen hinsichtlich der geplanten Ausgaben für humanitäre Hilfe und Mittel der zivilen Konfliktbearbeitung werden übrigens nicht genannt. Als wäre das nicht schon genug Aufrüstung, bekam Ursula von der Leyen den Zuschlag für den Aufbau eines neuen Nato-Hauptquartiers in Deutschland. Und auch die Militarisierung Europas schreitet voran. Das im letzten Jahr gegründete EU-Militärbündnis „PESCO“ (was als Abkürzung für die englische Bezeichnung von „ständiger strukturierter Zusammenarbeit“ steht) ist ein erster Schritt hin zu einer europäischen Armee. Schlechte Zeiten, nicht nur für PazifistInnen.

Es ist fast tragisch, dass diejenigen, die in den letzten Monaten lautstark Stabilität einforderten, damit eine Regierung stützen, die auf Abschreckung durch Aufrüstung setzt und mit mehr Waffen mehr Sicherheit schaffen will. Richtig ist doch aber: Nachhaltiger Frieden ist nicht mit Gewalt und Waffen zu erreichen. Auch nicht mit dieser neuen Großen Koalition.

Für die Friedensbewegung und alle, die dieses System nicht unterstützen wollen, heißt das: Ärmel hochkrempeln und mit anpacken! Wir brauchen nicht mehr Stabilität und „Weiter so“, sondern Veränderung und einen friedenspolitischen Neuanfang.

Kathi Müller ist Mitglied im DFG-VK-BundessprecherInnenkreis.

Inhalt

Titel

04 Frieden geht!

Sarah Gräber über DIE friedenspolitische Aktion im 1. Halbjahr 2018

Argumente

10 Sieben Gründe, warum die Große Koalition ein sicherheitspolitischer Albtraum wird

Friedenskultur

12 Mit 60 immer noch modern und höchst aktuell – Vom Symbol für atomare Abrüstung zum weltweiten Friedenszeichen

Nachruf

13 Erinnerung an Juliane Pilz

27 Nachruf auf Wolfgang Schrank

Lokale Friedensarbeit

14 Denk-mal: Frieden statt Krieg

DFG-VK vor Ort

15 ... zum Beispiel die Gruppe Köln

DFG-VK informativ

19 „Was macht eigentlich unser politischer Geschäftsführer?“

22 Datenschutz generell und in der DFG-VK

International

19 Nachrichten aus dem weltweiten KriegsgegnerInnen-Netzwerk

21 Globale Kampagne gegen Militärausgaben

atomwaffenfrei

24 DFG-VK-Aktive bei der Friedensnobelpreis-Verleihung in Oslo

militärfrei

26 16. Münchner Friedenskonferenz als Gegenpol zum Aufrüstungstreffen „Sicherheitskonferenz“

Diskussion

28 Welche Zukunft will die DFG-VK haben?

13 Impressum 30 Briefe 31 Feldpost

FRIEDEN GEHT!

STAFFELLAUF 2018 gegen Rüstungsexporte

Oberndorf - Kassel - Berlin | 21. Mai - 2. Juni

DIE friedenspolitische Aktion im 1. Halbjahr 2018

Erstmalig und einmalig in Deutschland: Staffellauf gegen Rüstungsexporte

Von Sarah Gräber

Die (alte) Große Koalition hat in den vergangenen vier Jahren deutlich mehr Rüstungsexporte genehmigt als die Vorgängerregierung. Der Export von Kleinwaffen wie Pistolen und Gewehre stieg um 47 Prozent, deutsche Waffenexporte an besonders problematische Drittländer wurden massiv ausgeweitet. Der Gesamtwert der Lieferungen lag von 2014 bis 2017 bei 25,1 Milliarden Euro. Weltweit ist Deutschland sowohl bei Kleinwaffen als auch bei Großwaffensystemen wie Kriegsschiffen, Kampfflugzeugen und Kampfpanzern drittgrößter Rüstungsexporteur. Diese Waffen werden auch an Krieg führende Staaten verkauft, und mit ihnen werden schwere Menschenrechtsverletzungen verübt sowie Millionen von Menschen in die Flucht getrieben oder getötet.

So kommen beispielsweise in dem völkerrechtswidrigen Krieg der Türkei gegen die Kurden in der Region Afrin deutsche Waffen in Form von Leopard-2-Panzern, Mercedes-Unimogs und -Transportern sowie G36-Sturmgewehren von Heckler & Koch zum Einsatz.

Laut jüngst ausgehandeltem Koalitionsvertrag sollen die Rüstungsexporte eingeschränkt und die Rüstungsexportrichtlinien verschärft werden. Doch dieses Versprechen haben SPD und CDU/CSU bereits in der letzten Legislaturperiode abgegeben - und dann nicht gehalten. Vielmehr steigerten sie die Rüstungsexporte weiter. Kein gutes Vorzeichen in dieser Hinsicht ist auch, dass der im Sondierungsvertrag noch vereinbarte Rüstungsexportstopp nach Saudi-Arabien wieder aufgeweicht wurde: Altaufträge sollen noch umgesetzt werden dürfen.

Einer Umfrage zufolge sind 83 Prozent der Deutschen gegen den Export von Rüstungsgütern. Was muss noch passieren, damit die Bundesregierung ihren bisherigen Kurs und die Rüstungsexportpolitik aufgibt? Es ist also an der Zeit, den Export von Kriegswaffen und Rüstungsgütern endlich zu stoppen!

Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg ist es, den Export von Kleinwaffen und Munition sowie Kriegswaffen und Rüstungsgütern an menschenrechts-verletzende und Krieg führende Staaten zu verbieten. Darüber hinaus müssen staatliche Hermesbüros zur Absicherung der Rüstungsexporte und Lizenzvergaben zum Nachbau deutscher Kriegswaffen beendet werden. Die Rüstungsindustrie muss auf eine sinnvolle, nachhaltige und zivile Fertigung umgestellt werden.

Um diesem wichtigen Thema mehr Aufmerksamkeit zu verschaffen, organisiert die DFG-VK gemeinsam mit einem großen Kreis von insgesamt 16 Trägerorganisationen, zu denen „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“, Attac Deutschland und die Evangelische Landeskirche in Baden gehören, gemeinsam etwas Einmaliges in Deutschland:

Vom 21. Mai bis 2. Juni findet „Frieden geht!“ statt, ein Staffellauf gegen Rüstungsexporte und für friedliche Konfliktlösungen.

Zurückgelegt wird die Wegstrecke von Heckler & Koch in Oberndorf bis zum Bundestag in Berlin im Gehen und Joggen sowie in Form von Halb- und Marathonläufen und teilweise mit dem Fahrrad. Passiert werden unter anderem Furtwangen, Freiburg, Offenburg, Karlsruhe, Mannheim, Frankfurt, Fulda, Kassel, Eisenach, Erfurt, Jena, Halle, Wittenberg sowie Potsdam und damit Orte, wo sich Rüstungsproduzenten und -exporteure, politische Entscheidungszentralen und Behörden befinden. Die genaue Route kann auf der Homepage www.frieden-geht.de eingesehen werden.



Ein großer Vorgänger von *Frieden geht!* im Hintergrund: der vor 50 Jahren am 4. April 1968 in Memphis/Tennessee ermordete Martin Luther King Jr.

Am Startpunkt der Laufstrecke in Oberndorf hat neben Heckler & Koch beispielsweise die Rheinmetall-AG einen Sitz. Laut einem Bericht des „Spiegel“ will die Bundesregierung »



Foto: Michael Schulze von Gräber

Sarah Gräber ist die Hauptorganisatorin von „Frieden geht!“, hier zusammen mit dem baden-württembergischen Landesgeschäftsführer Roland Blach vor der DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle in Stuttgart.

» der Panzerschmiede die Modernisierung türkischer Leopard-2-Panzer genehmigen. Die Panzer sollen dabei mit dickeren Bodenplatten zum Schutz gegen Sprengfallen und Minen sowie mit einem Sensorsystem zur Verteidigung gegen Panzerabwehrgeschosse ausgestattet werden. Nach öffentlichen Protesten wurde die Entscheidung über eine Genehmigung so lange ausgesetzt, bis sich die neue Regierung konstituiert hat.

Auf der Hälfte der Strecke in Kassel sitzt das deutsche Rüstungsunternehmen Krauss-Maffei Wegmann, das vorrangig militärische Rad- und Kettenfahrzeuge und Pioniergeräte entwickelt, produziert und vertreibt und in diesem Produktbereich Markt-

führer in Europa ist. Von dort geht es über Eisenach weiter nach Jena, wo die Jenoptik AG ihren Sitz hat. Die Firma ist hauptsächlich für optische Instrumente bekannt. Was wenige wissen: Einen großen Teil ihres Umsatzes verdient die Jenoptik mit dem Rüstungsgeschäft. Im Segment „Verteidigung & Zivile Systeme“ stellt sie unter anderem auch Bauteile für Militärflugzeuge und -hubschrauber, Kriegsschiffe, Drohnen, Panzer und Luftabwehrraketen her. So lieferte Jenoptik beispielsweise Waffentechnik an den Rüstungskonzern Krauss-Maffei Wegmann – und zwar für Panzer und Panzerhaubitzen, die aktuell auch bei der türkischen Offensive in Afrin eingesetzt werden.

Der Staffellauf endet schließlich am 2. Juni in Berlin, dem Sitz des Kanzleramts und Tagungsort des Bundessicherheitsrats, in dem die Entscheidungen über Rüstungsexportgenehmigungen getroffen werden. Ebenfalls in Berlin sind das Bundeswirtschaftsministerium, das für Rüstungsexportgenehmigungen verantwortlich ist, sowie zahlreiche Lobbybüros, zum Beispiel von der Airbus Group. Bei „Airbus Defence and Space“ (ADS) sind die bisherigen EADS-Teilkonzerne Airbus Military, Astrium und Casidian zusammengefasst. Das Unternehmen ist mit 14 Milliarden Euro Jahresumsatz eines der zehn weltgrößten Rüstungs- und Raumfahrtunternehmen und das größte in Europa.

Das Besondere an „Frieden geht!“ ist, dass sich die Anti-Rüstungsexport- und Friedensbewegung mit Kirchen, Kulturschaffenden sowie Sportlerinnen und Sportlern verbündet, um zu zeigen, dass viele Menschen in unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen Rüstungsexporte ablehnen und um damit gemeinsam Druck auf die Politik machen. Ziel ist es, ein unübersehbares Zeichen gegen Rüstungsexporte zu setzen.

Die Gesamtstrecke ist in 13 Tagesetappen aufgeteilt und diese wiederum in einzelne Abschnitte. Interessierte Läuferinnen und Läufer können sich für eine oder natürlich auch gern mehrere davon anmelden. Dabei haben sie die Qual der Wahl: Es gibt zahlreiche Geh- und Joggingstrecken, die jeweils ungefähr acht bis zwölf Kilometer lang sind. Für die besonders gut Trainierten stehen aber auch Halbmarathon- und Marathonstrecken zur Verfügung. Wer lieber auf dem Rad unterwegs ist, entscheidet sich am besten für eine der Fahrradetappen.

Der Staffellauf ist eine Mischung aus demonstrativer Meinungs- und Willensbekundung und körperlicher Betätigung. Er ist also kein Wettkampf, weshalb die Etappen im Pulk zurückgelegt werden. Damit jeder das passende Tempo für sich findet, ist es

deshalb wichtig, die eingeplanten Geschwindigkeiten zu beachten. Jede Einzeletappe hat nämlich ein vorgegebenes Tempo, damit die Tagespläne eingehalten werden können: Gehen 4 km/h, Joggen 8 km/h, Halbmarathon 11,5 km/h und Marathon 10 km/h. Die Jogging-, Halbmarathon- und Marathonstrecken sind also sportlich anspruchsvoll und sollten nur von gut trainierten Sportlerinnen und Sportlern angegangen werden.

Aber man muss nicht mitlaufen, um Teil von „Frieden geht!“ zu sein. Genauso wichtig ist es, die Läufer entlang der Strecke anzufeuern, die Kundgebungen zu besuchen beziehungsweise mitzugestalten oder zum Beispiel eine Versorgungsstation zu übernehmen. Außerdem ist es möglich, das Startgeld für Personen zu übernehmen, die es sich selbst nicht leisten können oder den Staffellauf generell finanziell zu unterstützen.

Seit einigen Wochen finden zudem Regionalbesprechungen entlang der Laufstrecke statt, bei denen man sich einbringen kann und zu denen alle Interessierten herzlich eingeladen sind. Menschen aus ganz verschiedenen Kreisen kommen dabei zusammen, und es formt sich ein breites zivilgesellschaftliches Netz an Kooperationspartnern. Alle Termine sind auf der Homepage einzusehen.

So vielseitig die Ideen zum Staffellauf schon sind, so viel Raum bleibt noch, um eigene Ideen einzubringen. Deshalb rufen wir alle auf, Teil von „Frieden geht!“ zu werden: Interessierte sowie Aktivistinnen und Aktivistinnen im Bereich von Friedensorganisationen, Kirchen, Gewerkschaften,

Der Song zur Aktion: Frieden geht

Lasst uns für den Frieden gehen,
kein Weg sei für uns zu weit,
kein Tal zu tief, kein Berg zu hoch,
auf Leute, kommt, 's ist höchste Zeit.
Fünf vor zwölf ist's schon gewesen,
Armageddon heißt die Schlacht,
wenn das Militär der Mächtigen
die Welt zunichtemacht.

(Refrain)

Lasst uns für den Frieden gehen,
Frieden geht, wenn man ihn tut,
gewaltfrei die Konflikte schlichtet,
ohne Droh'n und Wut.
Frieden geht
und wird dann wachsen,
wenn wir nicht nur gegen Krieg sind,
nein, auch dessen Vorbereitung
nicht mehr bei uns Rückhalt find'.

Auch die Produktion von Waffen,
und der Handel mit dem Zeug,
lässt den Krieg stets neu entfachen,
immer wieder, weit und breit.
Wollen wir dem Frieden dienen,
wie es heißt im Grundgesetz,
muss das Kriegsgeschäft aufhören,
nicht in der Zukunft, sondern jetzt.

Lasst uns für den Frieden gehen, ...

Lasst uns für den Frieden zahlen
anstatt für das Militär.
Fairer Handel, Umweltschonung

In der Online-Version der *ZivilCourage* ist „Frieden geht“ auch zu hören: unter www.dfg-vk.de/verbandszeitung bei Heft 2/2018 ist der Song als mp3 verlinkt.



Foto: Stefan Philipp

Seit Jahren auch mit der Gitarre für den Frieden aktiv: DFG-VK-Mitglied Theo Ziegler hier beim Ostermarsch 2013 in Müllheim/Baden

bieten weltweit die Gewähr,
dass die Menschen gut und gern
in ihrer Heimat glücklich leben
und sich nicht voller Verzweiflung
auf das Meer begeben.

Lasst uns für den Frieden gehen, ...

Lasst uns für den Frieden werben,
überall, in jeder Stadt,
dass der Kult ums Militär
bei uns bald keinen Platz mehr hat.
Friedensplätze und -denkmäler,
so was braucht ein jeder Ort,
und die Kriegsverherrlichungen
schafft sie endlich alle fort.

Lasst uns für den Frieden gehen, ...

Text und Melodie:
Theodor Ziegler (2018)

Wissenschaftsverbänden, Parteien, Kunst und Kultur, Sportlerverbänden, Hochschulen, Schulen, Jugendverbänden und alle, die sich diesem Friedensziel verbunden fühlen.

Jeder, der „Frieden geht!“ unterstützen oder sich zum Lauf anmelden möchte, weitere Informationen braucht oder Fragen hat, meldet sich bitte

unter info@frieden-geht.de oder besucht uns im Internet unter www.frieden-geht.de

Sarah Gräber bereitet seit Juni 2017 „Frieden geht!“ für die DFG-VK in der Bundesgeschäftsstelle vor. Sie ist Politikwissenschaftlerin und Soziologin und hat im letzten Jahr ein mehrmonatiges Praktikum in der Geschäftsstelle des baden-württembergischen DFG-VK-Landesverbands gemacht und ist in dieser Zeit auch DFG-VK-Mitglied geworden.



AKTUELLE INFORMATIONEN

für Läufer/innen, Mitveranstalter/innen, Unterstützer/innen unter:
www.frieden-geht.de
www.facebook.com/Friedengeht

KONTAKT

Sarah Gräber, Max Weber
Tel. 0157 35663849, info@frieden-geht.de

Rüstungsproduzenten und politische Entscheidungszentralen an der Wegstrecke

Oberndorf am Neckar

Heckler & Koch: Produktion von Handfeuer- und Infanteriewaffen, gehört zu den fünf größten Gewehr- und Pistolenherstellern und -exporteuren weltweit

Rheinmetall Waffe Munition: Waffen und Munition jeglicher Art, Flugabwehrsysteme, ABC-Aufklärungssysteme für Luftwaffe, Marine und weitere; u.a. Bordkanone für den Eurofighter Typhoon (Exportversion)

Freiburg im Breisgau

Northrop-Grumman Litef: Bordcomputer, Kreiselkompass und Navigationsgeräte für Kriegsschiffe, Kampfpanzer bzw. Kampflugzeuge

Lahr

Saltech: geplanter Bau einer Munitionsfabrik der Schweizer Firma Saltech auf dem Konversionsgelände des ehemaligen kanadischen Militärflughafens

Offenburg

MAN Nutzfahrzeuge Vertrieb: MAN betreibt ein Joint-Venture mit der Rheinmetall AG für militärisch genutzte Radfahrzeuge.

Karlsruhe

Kernforschungszentrum: womöglich verdeckte militärische Forschung(?)
Bruker AXS: röntgenbasierende Erkennungssysteme für das Militär

Comsoft: Produzent des militärischen Radardatennetzes der Bundeswehr, liefert auch weltweit an andere Rüstungsunternehmen

Beontra: gehört zum US-Konzern Lockheed Martin, in militärischer und ziviler Luft- und Raumfahrt aktiv
Ferchau: enge Zusammenarbeit mit Airbus Military (Luftsysteme, Modellentwicklung)

Thyssen-Krupp Aufzüge: neben der Fertigung von Aufzügen produziert „ThyssenKrupp Marine Systems u.a. in Kiel militärische Wasserfahrzeuge, vor allem U-Boote.

Heidelberg

Rockwell Collins: Luft- und Raumfahrtbranche; Kommunikations-, Kontroll- und Navigationssysteme für zivile und militärische Luftfahrt

SAP: speziell an die Bedürfnisse des Militärs angepasste IT-Lösungen

Mannheim

Mercedes Military Vehicles: Bestandteile für militärische Fahrzeuge, super-schwer, extrem geländesicher, höchster Schutz für Soldaten. Das zentrale Produktionswerk liegt in Wörth (auf der anderen Rheinseite).

John Deere: kleine, quadartige, unbewaffnete Fahrzeuge für „special operations“

Liebherr: Ausrüstungen für militärisches Fluggerät (Fahrwerke, Hydraulik, Flugsteuerungen)

Frankfurt am Main

Deutsche Bank: größte Bank zur Unterstützung von Rüstungsgeschäften in Deutschland

Commerzbank: zweitgrößte Bank zur Unterstützung von Rüstungsgeschäften in Deutschland

Nestlé: auf die Bedürfnisse von Soldaten abgestimmte Nahrung und Belieferung des US-Militärs mit Nahrungsmitteln

Porsche-Zentrum Frankfurt: Die „Design-Gruppe“ unterstützte u.a. Rheinmetall und andere beim Design eines leichten Truppentransporters.

Shell: stellt für die Verwendung in militärischen Flugzeugantrieben spezielle Kraftstoffe her

Eschborn (westlich Frankfurt)

Bundesausfuhramt: zugeordnet dem Bundeswirtschaftsministerium, verantwortlich für die Genehmigung der meisten Kriegswaffenexporte (an EU-Staaten, Nato und Nato-assoziierte Staaten)

Kassel

Rheinmetall Defence: sieht sich als „führendes europäisches Systemhaus für Landstreitkräfte“

Krauss-Maffei Wegmann: europäischer Marktführer bei Panzern und gepanzerten Fahrzeugen

Eurocopter: Training Academy – ehem. Gelände der Lüttich-Kaserne, republikweit das größte Ausbildungszentrum für angehende Luftfahrttechniker

Glückauf-Logistik: Umrüstung und

Ersatzteilversorgung für militärische Fahrzeuge, Kampfwertsteigerungsmaßnahmen, Umsetzung von Lebensdauererweiterungsmaßnahmen Optimierung und Beschleunigung militärischer Logistikprozesse

Projekt System & Management: Gemeinschaftsprojekt von Rheinmetall Landsysteme und Krauss-Maffei Wegmann zur Entwicklung und Fertigung des Panzers „Puma“

Jena

Jenoptik: Optische Bestandteile für Kriegswaffen

Carl Zeiss Microscopy: Optiksysteme für Panzer und Feuerwaffen

Magdeburg

Gefechtsübungszentrum GÜZ von Rheinmetall in Letzlingen bei Magdeburg

Dahlewitz (bei Ludwigsfelde)

Rolls-Royce: Antriebe für militärische Flugzeuge, Hubschrauber, Schiffe und U-Boote

Berlin

Bundeskanzleramt: Tagungsort des Bundessicherheitsrats als zentrales Entscheidungsgremium der Exportgenehmigungen für Kriegswaffen-transfers an Drittländer

Deutscher Bundestag: Im Reichstagsgebäude finden (auf Antrag der Oppositionsparteien) Debatten zum Rüstungsexport statt.

Bundeswirtschaftsministerium: ist das für die Rüstungsexportgenehmigungen verantwortliche Bundesministerium.

Otto Bock HealthCare: stellt bei der US Army beliebte Prothesen her und erhält Fördergelder vom US-Militär
Veolia Environnement: Tochtergesellschaft (Nord-Ostsee Bahn) transportiert Kriegsgerät im Auftrag der Bundeswehr

Airbus Group (ehemals EADS Deutschland): Cybersecurity, Militärflugzeuge, militärische Helikopter
Zahlreiche Lobbybüros: u.a. Rheinmetall am Brandenburger Tor u.v.a.m.

Zusammenstellung: Stephan Möhrle und Jürgen Grässlin

STAFFELLAUF 2018 gegen Rüstungsexporte

21. Mai - 2. Juni



Oberndorf - Kassel - Berlin

Sieben Gründe, warum die Große Koalition ein sicherheitspolitischer Albtraum wird

Massive Kritik aus der DFG-VK am Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD

1 Rüstungsexporte. Neue Rekorde absehbar. Der Export von Kleinwaffen (Gewehre und Pistolen) ist in der letzten Großen Koalition um 47 Prozent gestiegen, deutsche Waffenexporte an die besonders problematischen Drittländer – also an nicht EU- oder Nato-Staaten – wurden massiv auf über 60 Prozent ausgeweitet. Tödliche Exporte, deren dramatische Folgen gerade deutlich beim Vorgehen der türkischen Armee gegen die Kurden in Nordsyrien mit von Deutschland gelieferten „Leopard 2“-Kampfpanzern zu sehen sind, werden nicht dauerhaft unterbunden. Stattdessen sollen sogar noch Altaufträge an aktuelle Kriegsparteien wie Saudi-Arabien und weitere Staaten, die Krieg gegen den Jemen führen, umgesetzt werden.

Rüstungsexperte und DFG-VK-Sprecher Jürgen Grässlin ist empört: „Mit diesem Koalitionsvertrag hat die Große Koalition von CDU, CSU und SPD die Chance verspielt, einen Richtungswechsel in der deutschen Rüstungsexportpolitik einzuleiten.“ Für den Koalitionsvertrag findet er deutliche Worte: „Wird dieser Vertrag umgesetzt, dann schreitet das Massenmorden mit deutschen Kriegswaffen auf den Schlachtfeldern der Welt nahezu ungebremst voran.“

Als Mitglied des Trägerkreises der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ fordert die DFG-VK ein im Grundgesetz festzuschreibendes Verbot aller Waffenexporte.

2 Auslandseinsätze. Teure Kriegseinsätze ohne Ziel. Die Bundeswehr-Einsätze in Mali und Afghanistan sollen laut Koalitionsvertrag fortgeführt werden, die Mission im Nord-Irak wird sogar als erfolgreich betitelt – dabei steht zwar die Terror-Organisation „Islamischer Staat“ aktuell kurz vor dem Kollaps, dafür hat sich der Krieg zwischen anderen Konfliktparteien aber intensiviert.

Dazu der DFG-VK-Bundessprecher Thomas Carl Schwoerer: „Der Krieg gegen den Terror ist gescheitert und führt nur zu einem Fortgang der Spirale der Gewalt.“ Ein nachhaltiger Frieden sei militärisch nirgendwo zu erzielen: „Zwar wollen die Koalitionsparteien auch für zivile Konfliktlösung und Entwicklungszusammenarbeit mehr Geld ausgeben, im Vergleich zu den Milliarden für das Militär ist das aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein“, so Schwoerer. Das geistlose Paradigma des militärischen Vorgehens werde in dem Vertrag manifestiert.

3 Aufrüstung. Immer mehr Geld fürs Militär. Das von der Nato geforderte Militärbudget von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts wollen die Koalitionäre erfüllen.

„Das heißt für Deutschland nahezu eine Verdoppelung der Militärausgaben“, so DFG-VK-Bundessprecherin Katharina Müller. Bereits heute seien die Verteidigungsausgaben mit über 37 Milliarden Euro der zweitgrößte Einzelposten im Bundeshaushalt. „Während im Sozial- und im Bildungsbereich seit Jahren gespart wird, darf

sich das Militär über immer neue Milliarden freuen und weiß gar nicht mehr, wohin mit dem Geld“, so Müller. Die Steigerung des Militäretats bedeute zudem eine heimliche Subventionierung der Rüstungsindustrie.

4 Drohnen. Ein Schritt zur Bewaffnung. Im Rahmen der „Europäischen Verteidigungsunion“ möchten die Koalitionäre die Entwicklung einer möglicherweise bewaffnungsfähigen „Euro-Drohne“ fortsetzen. Als „Übergangslösung“ sollen nicht-bewaffnete Drohnen des Typs „Heron TP“ geleast werden, deren nachträgliche Bewaffnung nur „nach ausführlicher völkerrechtlicher, verfassungsrechtlicher und ethischer Würdigung“ des Einsatzes dieses umstrittenen Waffensystems durch den Bundestag bewilligt werden darf.

„Durch eine Verfügbarkeit von Killerdrohnen wäre die Hemmschwelle zum Töten und damit in Konflikte einzutreten gesenkt“, erklärt dazu Elsa Rassbach, Vertreterin der AG Kampfdrohnen in der DFG-VK. „Eine Beschaffung von bewaffnungsfähigen Heron TP Drohnen vor der erforderlichen grundsätzlichen Prüfung durch den Bundestag wäre unsinnig und verschwenderisch“, so Elsa Rassbach weiter. Sie fügt hinzu, dass die nochmals im Koalitionsvertrag von 2018 bestätigte „kategorische“ Ablehnung von völkerrechtswidrigen Drohnen-Tötungen „konsequent zur sofortigen Beendigung und zur juristischen Verfolgung jeder Beihilfe dabei im deutschen Hoheitsgebiet führen muss. Fluchtursachen bekämpfen heißt Drohnenkrieg bekämpfen“, so Rassbach.

5 Rekrutierung. Weiter Minderjährige an Waffen. 2017 hat die Bundeswehr 2128 Minderjährige an der Waffe ausgebildet. Die Zahl der 17-Jährigen bei der Bundeswehr hat sich damit ab 2011 mehr als verdreifacht – mittlerweile sind etwa zehn Prozent der jährlichen neuen Soldatinnen und Soldaten minderjährig. Obwohl sich die SPD-Bundestagsfraktion in einem Positionspapier im Juni 2017 für das „Straight 18“-Ziel – also die ausschließliche Ausbildung Volljähriger an Waffen bei der Bundeswehr – ausgesprochen hat, fehlt das Thema im Koalitionsvertrag komplett.

Dazu Michael Schulze von Gläber, der politische Geschäftsführer der DFG-VK: „Bereits 2014 haben die Vereinten Nationen von der Bundesregierung eine Änderung der Rekrutierungspraxis und ein Ende der auf Kinder und Jugendliche abzielenden Armee-Werbung gefordert – die Koalitionäre ignorieren das Thema einfach und treten damit die Kinderrechte und die internationalen Standards mit Füßen.“

Als Teil des „Deutschen Bündnis Kindersoldaten“ hat die DFG-VK im vergangenen Jahr über 30000 Protest-Unterschriften für „unter 18 nie“ an Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen übergeben.

6 Atomwaffen. Floskeln statt Atomwaffenverbot. Als „enttäuschend“ bezeichnet Roland Blach, Landesgeschäftsführer der DFG-VK Baden-Württemberg, die Formulierungen zum Thema „Massenvernichtungswaffen“ im Koalitionsvertrag: „Die Passagen sind ein Inbegriff von Mutlosigkeit und absolut rückwärtsgerichtet“, so Blach, der die Kampagne „Büchel ist überall – atomwaffenfrei jetzt“ betreut.

In dem Papier sei mit keinem Wort der im vergangenen Jahr von den Vereinten Nationen beschlossene Atomwaffen-Verbotsvertrag genannt.

„CDU, CSU und SPD weigern sich weiterhin den Vertrag zu unterzeichnen und auch der Abzug der letzten US-Atomwaffen aus dem rheinland-pfälzischen Büchel wurde auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben“, so Blach.

Statt offen Kritik an der neuen Atompolitik des US-Präsidenten Donald Trump zu äußern, schieben die Koalitionäre Russland den schwarzen Peter zu. „So wird dem Wettrüsten Tür und Tor geöffnet“, bemängelt Blach. Auch wenn andere Staaten weiter an Atomwaffen festhalten würde, könnte Deutschland den wichtigen Schritt gehen und sich für eine atomwaffenfreie Welt aussprechen und einsetzen.

7 Pesco (Permanent Structured Cooperation). Auf dem Weg zur EU-Armee. Mit den schönen Worten „Friedenssicherung, Entspannung und zivile Krisenprävention“ wird im Koalitionsvertrag der Auf- und Ausbau des EU-Militärbündnisses Pesco beschrieben.

Dabei steht das neue Bündnis für etwas ganz Anderes: „Die Armeen in der EU werden vereinheitlicht, um europäische Interessen in Zukunft auch weltweit mit Waffengewalt durchsetzen zu können“, erklärt Ralf Buchterkirchen, DFG-VK-Bundessprecher, zum entsprechenden Abschnitt des Koalitionsvertrags. Es gehe darum, die Streitkräfte in der EU zu einer „Weltpolizei“ nach Vorbild der US-Armee umzubauen: „Und wozu das führt, kann man im Nahen- und Mittleren Osten sehen, der immer wieder durch ausländische Militärinterventionen destabilisiert wird“, so Buchterkirchen.

Insgesamt zeigt sich die DFG-VK ob des neuen Koalitionsvertrags besorgt: Eine friedlichere Welt wird es mit dieser Bundesregierung nicht geben – ganz im Gegenteil.

Max Uthoff: „Ein erwachsener Mensch, der mit Stolz eine Militäruniform trägt, ist grundsätzlich ein Fall für die Couch“



Nun leben wir in Zeiten, in denen es enorme Spannungen zwischen der Nato und Russland gibt und immer mal wieder auch das Wort „Krieg“ in diesem Zusammenhang auftaucht. Wie nehmen Sie diese Situation wahr? (...)

Vergessen wir nicht, dass die, die diese Stimmung forcieren, vor allem Militärs sind. Wir sprechen also von erwachsenen Menschen, die irgendwann den Entschluss gefasst haben, das bisschen Lebenszeit, das uns allen vergönnt ist, mit Gehorsam, Befehlen, Strategiespielen und letztlich mit der Idee zu verbringen, Löcher in andere Menschen zu machen, um deren Leben zu beenden. Ein erwachsener Mensch, der mit Stolz eine Militäruniform trägt, ist grundsätzlich ein Fall für die Couch. Wenn solche Leute dann noch auf Politiker wie Ursula von der Leyen treffen, die den Stahlhelm ihres Vaters aufträgt, dann ist die schlechte Stimmung vorprogrammiert. Politisch „turbulente“ Zeiten sind sicherlich Wasser auf die Mühlen eines Satirikers. Aber (...) Sie haben gesagt, dass es Ihnen „angst und bange“ wurde, als sie die „militaristische“ Berichterstattung von so manchem Leitmedium im Zuge der Ukraine-Krise beobachtet haben. Wie konnte es aus Ihrer Sicht zu diesem Journalismus kommen?

Eines wollen wir zunächst festhalten: Russland trägt eine große Mitschuld an der Situation. Ein Land, das sich hartnäckig weigert, seine Rohstoffe und seine Industrie unter das Protektorat des Westens zu stellen und lieber einheimischen Oligarchen statt fremden Investoren den Vorzug gibt, zieht logischerweise den Zorn von Julian Reichelt [„Bild“-Chefredakteur] auf sich. Der Wunsch, es den Russen endlich mal zu zeigen, notfalls unter Einsatz militärischer Mittel, war sicher das Ergebnis einer üblen Melange aus durchgeknallten Nato-Chargen wie Rasmussen, autistischen Transatlantikern in der „Zeit“, dem üblichen Russismus der Springer-Presse und vor allem der skrupelfreien Titelbild-Gestaltung des Spiegel, der alten Landser-Postille aus Hamburg. (...)

Auszüge aus einem Interview des Kabarettisten Max Uthoff mit den „NachDenkSeiten“. Das ganze Interview ist nachzulesen unter <http://www.nachdenkseiten.de/?p=42738#more-42738>

Mit 60 immer noch modern und höchst aktuell

Vom Symbol für atomare Abrüstung zum weltweiten Friedenszeichen

Von Thomas Carl Schwoerer

Fast jeder kennt das Logo der Kriegsgegner, das die Hippies der sechziger Jahre popularisierten: Das Peace-Zeichen wird am 21. Februar sechzig Jahre alt. Dieses weltweit bekannte Friedenszeichen ist positiv besetzt als weltanschaulich und religiös offenes Symbol für Humanität, Versöhnung, Gewaltverzicht und das Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Am 21. Februar legen die DFG-VK und andere Friedensgruppen 200 Blumen vor den Stufen des Stuttgarter Rathauses zu einem Peace-Zeichen und verteilen sie anschließend an die Passanten.

Es war der Philosoph Bertrand Russell als Anführer der britischen Kampagne für nukleare Abrüstung (Campaign for Nuclear Disarmament, kurz CND), der den Auftrag erteilte, ein Erkennungszeichen für den allerersten Ostermarsch zu entwickeln. Am 21. Februar 1958 hat der Pazifist und Designer Gerald Holtom, Absolvent des Londoner Royal College of Arts, der während des Zweiten Weltkriegs den Kriegsdienst aus Gewissensgründen verweigert hatte, den Entwurf vorgelegt. Gut einen Monat später zogen Atomwaffengegner zu Tausenden vom Trafalgar Square im Herzen Londons zum Atomforschungszentrum in Aldermaston, wo Großbritanniens Atomwaffen entwickelt wurden.

Holtom kombinierte die beiden Buchstaben N und D (für Nuclear Disarmament) aus dem internationalen Flaggenalphabet, dem Winkeralphabet zur Kommunikation auf See und zur Nachrichtenübermittlung zwischen Schiffen und Land. Das Peace-Zeichen steht also auch für atomare Abrüstung.

Heute dient es der Aufforderung an die Bundesregierung, wie zwei Drittel der UN-Staaten dem internationalen Verbot von Atomwaffen beizutreten

und sich dafür einzusetzen, dass die Atomwaffen aus Büchel abgezogen und kleinere Atomwaffen nicht produziert werden, die den Krieg wahrscheinlicher machen.

Gerald Holtom hat nach eigener Auskunft zugleich das Bild eines verzweifelten Menschen gezeichnet. Die Hände dieses Unglücklichen zeigen nach außen und unten, wie umgekehrt bei Goyas Bauer, der in dem berühmten Bild „Die Erschießung der Aufständischen“ vor dem Erschießungskommando steht. Der Kreis um das Zeichen steht bildhaft für den Erdball. Manchen gilt das Symbol als die griechische Schreibweise für Christus – eine Zusammensetzung aus X (Chi) und P (Rho).

Ende der fünfziger Jahre wuchs die kleine Schar von Atomwaffengegnern in Windeseile zu einer Massenbewegung an – in Deutschland fanden sie sich in der Kampagne „Kampf dem Atomtod“ zusammen –, und ihr Symbol verbreitete sich rasant weltweit. Holtom trug dadurch dazu bei, dass er sich seine Erfindung nie urheberrechtlich schützen ließ, da es als Symbol für Frieden frei sein müsse für alle. Zunächst übernahm die amerikanische Bürgerrechtsbewegung um Martin Luther King Jr., selbst eine Ikone des gewaltfreien Widerstands, das Peace-Zeichen.



Dann wurde es zum Symbol des Protests gegen den Vietnam-Krieg, kriegsmüde Vietnam-Soldaten pinselten sich das Zeichen auf den Helm. Woodstock-Fans schmückten ihre VW-Busse damit, und Gegner des Kalten Kriegs in Prag und Berlin malten es an die Häuserwände. Repressiven Staaten war es ein Dorn im Auge: Das Apartheid-Regime in Südafrika versuchte es zu unterdrücken.

Die Wirkung des Peace-Zeichens wurde später verwässert durch Kommerz und Kitsch: Modefirmen behängten ihre Models damit. Für Popstars ist es zu einem coolen Accessoire geworden. Ein bekannter Online-Händler bietet 1000 solcher Schmuck- und Kleidungsartikel an.

In den achtziger Jahren fand es bei den Großdemonstrationen gegen die atomare Nachrüstung Verbreitung und erlebte mit Beginn des Irak-Kriegs im März 2003 eine ungeahnte Renaissance: Weltweit formten Menschen auf Freiflächen und Plätzen menschliche Peace-Zeichen, Demonstranten trugen bedruckte T-Shirts oder steckten sich „Peace“-Pins als Protest gegen den Krieg an ihre Kleidung.

Bald wird es wieder auf den alljährlichen Ostermärschen verwendet. Auch das Logo der internationalen Kampagne zur Abschaffung aller Atomwaffen Ican enthält das Peace-Zeichen und eine zerbrochene Atomrakete. Ican und ihre 470 weltweiten Partnerorganisationen, darunter die DFG-VK, wurden für ihren Einsatz für ein weltweites Atomwaffenverbot am 10. Dezember mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Thomas Carl Schwoerer ist Mitglied im BundessprecherInnenkreis der DFG-VK. Der Beitrag erschien zuerst im Feuilleton einer renommierten Tageszeitung.

Erinnerung an Juliane Pilz

Von Joachim Schramm

Der DFG-VK-Landesverband Nordrhein-Westfalen trauert um Juliane Pilz. Sie ist nach schwerer Krankheit im Alter von 80 Jahren am 16. Dezember 2017 in Essen verstorben.

Juliane Pilz war Kunsthistorikerin und trat Anfang der 1970er Jahre in die DFG-VK ein. Zunächst war sie in der Gruppe Essen-Werden aktiv, wurde dann 1979 in den Landesvorstand NRW gewählt. Hier war sie für Bildung zuständig, was sowohl die Initiierung von friedenspolitischer Bildung innerhalb des Verbandes betraf als auch nach außen gerichtete Projekte. In diese Zeit fällt auch die Erarbeitung einer Broschüre über die Entstehung des Zweiten Weltkrieges. Die aktuelle Politik mit dem Blick in die Geschichte zu verbinden, hat Juliane Pilz immer interessiert. 1985 wurde sie neben ihrer Funktion im Landesvorstand NRW zusätzlich in den Bundesvorstand gewählt. Auch hier war sie für den Bereich Bildung zuständig. Angesichts zahlreicher Eintritte war die DFG-VK in dieser Zeit darauf bedacht, diese neu eingetreten Mitglieder in bestimmten Themenbereichen weiterzubilden, um so die Argumentationsfähigkeit des Verbandes zu verstärken.

Ende der 1980er Jahre entstand im Landesverband NRW die Idee, einen Beitrag zur Überwindung des Ost-West-Gegensatzes zu leisten. An der Organisation des Schriftstellerinnen-Kongresses war Juliane Pilz maßgeblich beteiligt. Er sollte Schriftstellerinnen aus der BRD, der DDR und Österreich zusammenführen. Als der Kongress Anfang November 1989 in Essen stattfand, warf der Mauerfall seine Schatten voraus.

30 Schriftstellerinnen kamen ins Ruhrgebiet, und deren Austausch symbolisierte den Friedenswillen über die Grenze hinweg, aber auch den Glauben an die Kraft des geschriebenen Wortes, Menschen zusam-

menzuführen und Gräben zu überwinden. Und natürlich waren es nicht umsonst Schriftstellerinnen, denn der Kongress sollte natürlich gerade auch die Rolle der starken Frauen betonen, die im Kampf für Frieden in der Welt vieles auf den Weg gebracht hatten.

Ab 1990 kandidierte Juliane Pilz nicht erneut für Ämter in den Gremien der DFG-VK. In Essen engagierte sie sich in dieser Zeit stärker in der Flüchtlingsarbeit. Doch auch im Essener Friedensforum und in der Essener DFG-VK war ihre tatkräftige Mitarbeit gefragt. Ende der 1990er Jahre brachte sie dann noch einmal ein großes Projekt auf den Weg. Essen war für das Jahr 2010 als Kulturhauptstadt Europas auserkoren, und Juliane Pilz entwickelte mit anderen den Plan, die Kulturhauptstadtidee mit dem Friedensgedanken zu verbinden. Ein zweitägiger Kongress zum Thema Atomwaffen sollte verbunden werden mit einem prominent besetzten Kulturabend. „Friedenskultur 2010 – unsere Zukunft atomwaffenfrei“ wurde eine voller Erfolg, 800 TagungsteilnehmerInnen kamen aus allen Teilen der Republik, um u.a. Alyn Ware, Träger des alternativen Nobelpreises, und den Kulturabend mit Konstantin Wecker in der „Lichtburg“ zu erleben.

Mit Juliane Pilz hat die DFG-VK eine streitbare Pazifistin verloren, eine Friedenskämpferin, die sich mit einfachen Antworten nicht zufrieden gab, sondern Sachen auf den Grund gehen wollte. Das brachte auch die Menschen um sie herum immer wieder dazu, ihre Positionen zu prüfen und in Frage zu stellen. Juliane Pilz wird uns fehlen, in Essen, im Landesverband NRW und in der DFG-VK insgesamt.

Joachim Schramm, DFG-VK NRW



Impressum

Die *ZivilCourage* erscheint 2018 im 45. Jahrgang. Davor erschienen als Zeitschrift der Deutschen Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner die *Courage* und des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer die *Zivil*. Seit der Fusion der beiden Organisationen 1974 erscheint als Zeitschrift der DFG-VK die *ZivilCourage*.

Redaktionsanschrift: ZivilCourage – das DFG-VK-Magazin, Werastraße 10, 70182 Stuttgart, Telefon 0711-51 89 26 20, E-Mail zc@dfg-vk.de, Internet www.zc-online.de

Herausgeberin: Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK), Werastraße 10, 70182 Stuttgart
V.i.S.d.P.: Stefan K. Philipp (philipp@dfg-vk.de)

Druck: UWS Papier und Druck in Kooperation mit Druckhaus Stil, Tränkestraße 7, 70597 Stuttgart, Telefon 0711-12020213, E-Mail uws@druckhaus-stil.de

Vertrieb: Neckartalwerkstätten, Hafenbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-3202834

ISSN: 1614-1954

Anzeigenverwaltung: Bernhard Kusche, Hopfenweg 12, 86754 Munningen, Telefon 09082-90056, Telefax 09082-911200, eMail bernhard.kusche@gmx.de; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 13 vom 1.1.2014 gültig.

Erscheinungsweise: fünf Mal/Jahr
Haftungsausschluss: Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung. Offizielle Stellungnahmen der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Der Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält.

Bezugsbedingungen: Bei DFG-VK-Mitgliedern ist der Bezug der *ZivilCourage* im Mitgliedsbeitrag enthalten. Ein Jahresabonnement kostet 14 € inklusive Porto; Abonnieurung schriftlich bei der Herausgeberin.

Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 6. März. Die nächste Ausgabe erscheint im Mai, Redaktionsschluss ist der 13. April.

Denk-mal: Frieden statt Krieg

Ein Friedensdenkmal für Karlsruhe

Von Oliver Rettig

Warum überhaupt Friedensdenkmäler? Kriegerdenkmäler erinnern an die in einem Krieg gefallenen Soldaten. Allein in Deutschland ist der öffentliche Raum mit annähernd 100000 derartigen Denkmälern „möbliert“. Sie stammen größtenteils aus einem historisch schmalen Zeitfenster, beginnend nach dem deutsch-französischen Krieg 1870/71 bis heute. Sicher, es gibt auch Antikriegsdenkmäler. Spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg wird zunehmend an die Opfer und die Schrecken der Kriege erinnert.

Denkmäler, die an das erfolgreiche Schaffen von Frieden erinnern, daran, dass wir Menschen durchaus in der Lage sind, unsere Konflikte gewaltfrei auszutragen, gibt es hingegen keine.

In Karlsruhe gibt es z.B. kein Denkmal, das an die Schriftstellerin Lotte Paepcke erinnert, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg für die innere Aussöhnung der Gesellschaft einsetzte, oder für Elisabeth Teichmann, die 1955 den ersten deutsch-französischen Schüler-Austausch organisierte und damit den Grundstein für die Städtepartnerschaft Karlsruhe-Nancy legte.

Es gibt auch kein Denkmal für die Gründerinnen des German-American Women's Club, der sich für internationale Verständigung und Zusammenarbeit einsetzt, und für engagierte Pazifistinnen wie Ulli Thiel, den langjährigen Karlsruher Aktivist und Mitarbeiter des baden-württembergischen Landesverbands der DFG-VK.

Die Omnipräsenz der Erinnerung an die Kriege der letzten 150 Jahre statt an die Vielzahl der Erfolgsgeschichten der Schaffung von und des Engagements für Frieden - suggeriert das nicht, dass wir Kriege als unvermeidbare Übel hinzunehmen haben?

Ist das nicht besonders perfide unterschwellige Kriegspropaganda?

Unsere Forderung nach expliziten Friedensdenkmälern ermöglicht es uns, lokalen Bezug herzustellen und pazifistische Positionen in die Öffentlichkeit zu tragen. Darüber hinaus trägt die Schaffung von Präsenz für die Erfolgsgeschichten dazu bei, uns vom Stigma der Naivität zu befreien.

Wer wir sind. Eine Gruppe von nur fünf kontinuierlich Engagierten, drei von uns bereits in den 1990er Jahren in der DFG-VK aktiv, die sich ca. einmal im Monat für zwei Stunden treffen. Was wurde bisher erreicht? Mit einer Auftaktveranstaltung im Mai 2015 starteten wir mit einem Vortrag von Christine Schweitzer, Vorsitzende der War Resisters International, über die Ukraine-Krise und diskutierten, wie ein Friedensdenkmal in Karlsruhe aussehen könnte.

Für einen öffentlichen Aufruf zur Errichtung eines Friedensdenkmals in Karlsruhe anlässlich des 100. Jahrestags des Endes des Ersten Weltkriegs am 11. November konnten wir eine Vielzahl Karlsruher Persönlichkeiten gewinnen und damit ein weites Spektrum gesellschaftlicher Gruppen ansprechen. Zeitlich unbefristet sammeln wir weiter UnterzeichnerInnen für unseren Aufruf.

Bis heute haben wir eine ganze Reihe öffentlicher Veranstaltungen durchgeführt, oft in Kooperation mit anderen Organisationen wie der DFG-VK oder *Gegen Vergessen – für mehr Demokratie e.V.* Unter anderem haben wir das Format von „Stadtspaziergängen“ etabliert, bei denen geschichtlich Versierte wie zuletzt der Historiker Jürgen Schuhlraden-Krämer im November 2017 Interessierte auf den Spuren von Krieg und Frieden durch die Stadt führen. Auf diese Weise er-

reichen wir ein Publikum, das sich kaum zu klassischen politischen Diskussionsveranstaltungen locken lässt. Zuletzt veranstalteten wir zusammen mit der Pädagogischen Hochschule eine Podiumsdiskussion, bei der Professoren unterschiedlicher Fachrichtungen diskutierten, welche Impulse von der Idee eines Friedensdenkmals ausgehen können.

Mit der Gründung eines gemeinnützigen Fördervereins haben wir nun begonnen, die Ausgaben für unsere Veranstaltungen auf mehr Köpfe zu verteilen.

Risiken und Nebenwirkungen. Nur allzu leicht verstricken wir uns in Henne-Ei-Diskussionen zwischen Standort, Denkmals-Entwürfen und Finanzierung. Ein weiteres Risiko ist ein Abdriften ins Persönliche: Unser Fokus ist der zwischenstaatliche Frieden und nicht der Frieden in Familie, Nachbarschaft oder am Arbeitsplatz, den immer wieder Leute mit uns als Voraussetzung zur Sprache bringen wollen.

Wie geht es weiter? Das gesteckte Ziel, Ende des Jahres ein Friedensdenkmal zu errichten, werden wir voraussichtlich nicht erreichen, aber spannende Diskussionen erwarten uns im Zusammenhang mit der geplanten Wiedererrichtung eines wegen umfangreicher Bauarbeiten 2010 abgebauten Täter-Denkmal zu Ehren der badischen Leibgrenadiere.

Oliver Rettig ist DFG-VK-Mitglied und aktiv im Förderverein für ein Friedensdenkmal in Karlsruhe e.V. Nähere Informationen im Internet: www.ein-friedensdenkmal-fuer-karlsruhe.de. Spenden erbittet der Förderverein auf das Konto IBAN DE534 30609677043382100 bei der GLS Bank.

... zum Beispiel die DFG-VK-Gruppe Köln

Zahlen. Die Gruppe Köln hat 126 Mitglieder, davon 26 Frauen. Sieben Mitglieder sind unter 35 Jahre alt, das jüngste Mitglied ist 27. Im September wird eines der Mitglieder seinen Beitritt vor 50 Jahren feiern können. Im letzten Jahr ist die Gruppe um 10 Personen gewachsen.

Organisation. Die Mitglieder treffen sich einmal im Monat im Friedensbildungswerk Köln. Interessierte Gäste sind willkommen und nehmen oft an den Sitzungen teil. Die Treffen folgen einem flexiblen Grundmuster und werden arbeitsteilig abgehalten: Anfangsrunde ggf. mit Vorstellung und persönlichen Hinweisen oder Fragen, Tagesordnung, Protokoll, inhaltliches Thema, aktuelle Aufgaben und Aktionen, Weinstube.

Die DFG-VK ist eine Basisorganisation mit annähernd 70 Gruppen und 11 Landesverbänden sowie dem Bundesverband, der als eingetragener Verein den formalrechtlichen Rahmen für alle Gliederungen bildet. Nach der Satzung ist die „Aufgabe der Gliederungen, friedenspolitische Arbeit in ihrem Bereich zu leisten und sich an den Diskussionsprozessen und gemeinsamen Aktionen des Verbandes zu beteiligen. Sie regeln ihre Gremien und ihre Arbeitsweisen sowie ihre Aufgabenstellungen und Arbeitsschwerpunkte selbstständig.“ Das macht die Vielfalt und thematische Breite der DFG-VK aus.

Beginnend mit dieser (Selbst-)Vorstellung der DFG-VK-Gruppe Köln sollen in Zukunft unter der Überschrift „DFG-VK vor Ort“ in der *Zivil-Courage* regelmäßig weitere Gruppen mit ihrer Arbeit präsentiert werden.

Die Adressen aller Gruppen und Landesverbände finden sich im Internet unter <https://www.dfg-vk.de/kontakte>

Zu jedem Treffen lädt einer der Gruppensprecher einige Tage vorher per E-Mail ein und schlägt dabei eine Tagesordnung vor. Die Teilnehmer*innen an dem Treffen ergänzen üblicherweise die Tagesordnung um weitere Punkte. Jedes Treffen wird protokolliert; die Protokolle sind nicht öffentlich und werden per E-Mail an alle aktiven Gruppenmitglieder und Gäste verschickt. Eine Musterdatei kann hier heruntergeladen werden: www.friedenkoeln.de/wp-content/uploads/2018/02/DFG-VK_Protokoll_JJJJMMTT_v.doc

Eines der Mitglieder präsentiert dann ein inhaltliches Thema; dazu wird beispielsweise eine Präsentation gezeigt, oder es wird ein Text zur Debatte gestellt. Die Diskussion wird meist durch ein anderes Mitglied moderiert; die Argumente werden im Protokoll festgehalten. Ein regelmäßiger Punkt ist die Aktualisierung des Themenspeichers. Nur Themen, für deren Vorbereitung sich ein*e Freiwillige*r bereit erklärt, gelangen in den Themenspeicher.

Anschließend werden aktuelle Aktionen besprochen; hier werden inhaltliche Fragen geklärt, Beschlüsse über die Teilnahme an und Mitfinanzierung von Bündnisaktionen getroffen und besprochen, wer welche Aufgaben erledigen kann. Bündnisaktionen werden in der Regel nur unterstützt, wenn mindestens ein Gruppenmitglied Zeit dafür hat. Wichtige Entscheidungen, wie beispielsweise solche über die Unterstützung von neuen Aufrufen oder die Mitarbeit in Bündnissen treffen die anwesenden Mitglieder gewöhnlich im Konsens.

Das Highlight kommt am Schluss: die Einkehr in die nahe gelegene Weinstube (welche in der Kölsch-do-



Start der NRW-Friedensfahrradtour 2017 auf der Kölner Domplatte

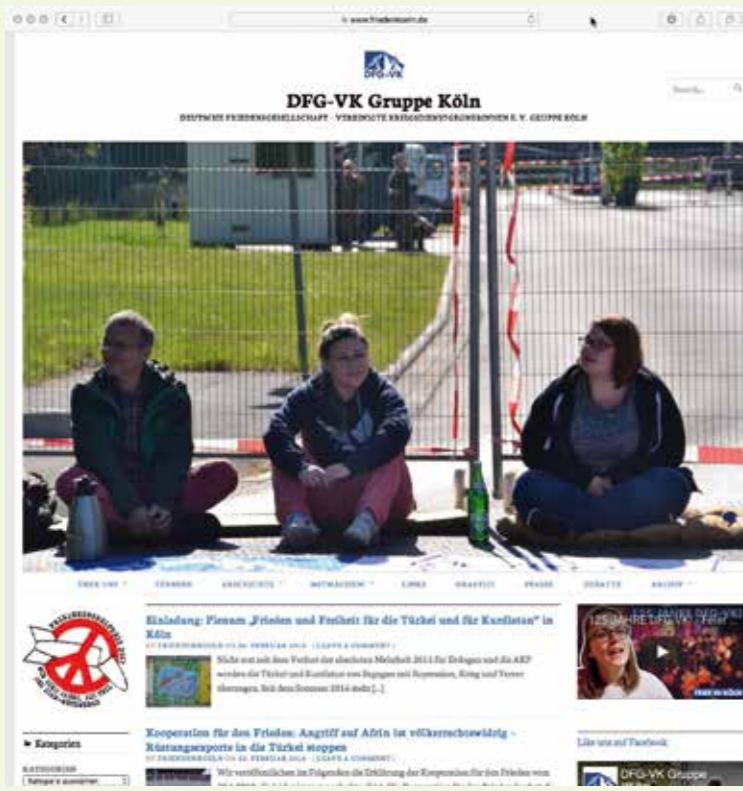
minierten Kölner Altstadt tatsächlich existiert).

Zur Jahreshauptversammlung (JHV) wird formell per Post eingeladen. Die Versammlung nimmt Finanz- und Tätigkeitsberichte der Gruppensprecher*innen entgegen, wählt diese und die Delegierten für die Landeskongress und den Bundeskongress. Am Bundeskongress 2017 nahm die Gruppe mit sechs Delegierten teil. Der auf der Mitgliederversammlung vorgestellte Rechenschaftsbericht 2015 ist öffentlich einsehbar unter www.friedenkoeln.de/wp-content/uploads/2014/10/Harald-Fuchs_Rechenschaftsbericht-DFG-VK-Gruppe-Köln_20151001.pdf

Die nächste JHV ist für Juni geplant; zur Vorbereitung trifft sich jetzt schon eine Arbeitsgruppe, die sich mit notwendigen Veränderungen in der Struktur und Organisation befasst.

Gruppensprecher*innen sind Harald Fuchs, Angelika Roesrath, Michael Roesrath, Michael Süner und Benno Malte Fuchs. Diese treffen Entscheidungen zwischen den Gruppentreffen und vertreten die Gruppe nach außen, beispielsweise gegenüber den Medien, oder halten Reden bei öffentlichen Aktionen.

Verbandsarbeit. Drei Gruppenmitglieder nehmen Wahlämter im Verband wahr: Michael Süner ist Kassierer im Landesverband NRW, Kassensprüfer im Bundesverband und »

Die Website der DFG-VK-Gruppe Köln: www.friedenkoeln.de

» mit Benno Malte Fuchs zusammen NRW-Delegierter im Bundesausschuss, Kathi Müller und Benno Malte Fuchs gehören zum Bundessprecher*innenkreis.

Öffentlichkeitsarbeit. Die zentrale Plattform für die Öffentlichkeitsarbeit der Gruppe ist der Blog www.friedenkoeln.de. Möglichst alle Aktivitäten der Gruppe werden hier angekündigt und dokumentiert. Dadurch bleiben auch diejenigen Aktionen und Dokumente, an denen die professionellen Medien kein Interesse haben, öffentlich zugänglich. Außerdem werden hier Pressemitteilungen und weitere Informationen für die professionellen Medien bereitgestellt. Der Blog wird durch Facebook (<https://www.facebook.com/friedenkoeln/>) und Twitter (@friedenkoeln) ergänzt. Ansprechpartner*innen für die Internetpräsenz sind Stefanie Intveen, Harald Fuchs, Markus Fröhlich und Benno Malte Fuchs.

Ziel ist eine Zusammenarbeit mit professionellen Journalist*innen von Leitmedien, regionalen Zeitungen, Radio- und Fernsehsendern oder „alternativen“ Medien. Solide, zuverlässige und dauerhafte Kleinarbeit an Inhal-

ten, Text- und Bildmaterial und der Vorrang von Internet-basierten Aufrufen, Debatten und Aktionen vor geschlossenen E-Mail-Verteilerlisten sind methodische Grundlagen und Ziele der Öffentlichkeitsarbeit. Beispielsweise versucht die Gruppe, Aufrufe etc. möglichst erst öffentlich auf der Homepage zu posten und mit den Sozialen Netzwerken zu verlinken, bevor sie über Email-Verteiler auf sie aufmerksam macht.

Arbeit mit Politiker*innen. Es bestehen viele persönliche

Kontakte von Gruppenmitgliedern zu Kommunal-, Landes- und Bundes-Politikern, die sowohl für Lobbyarbeit (keine Itec-Messe mehr in Köln, Atomwaffenfrei jetzt!), Bürgeranträge, Grußworte und Reden bei Veranstaltungen genutzt werden.

Themen. Im Jahr 2017 hat die Gruppe folgende inhaltliche Themen diskutiert: Ulrike Guérot: Warum Europa eine Republik werden muss. Eine politische Utopie, Bonn 2016; Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit entwicklungspolitischen Organisationen in Köln, darunter Plan International (Gast); Kooperationsvertrag zwischen Rewe-Group und Bundeswehr; Landtagswahl (Briefaktion); außenpolitische Strategien Deutschlands am Beispiel einer Rede von Steinmeier aus 2014; Selbstorganisation der Gruppe; Aufrüstung an russischer Westgrenze/ Feindbild Russland/sog. Raketenabwehrschirm

Veranstaltungen und Aktionen im Jahr 2017. Friedenskunstwettbewerb; Myungin Moon (KDV) und Markus Liegl sprechen über Kriegsdienstverweigerung in Südkorea sowie den

Korea-Konflikt; Tag der Bundeswehr in Aachen; zweitägige Aktionstour nach Cochem und Büchel im Rahmen von Atomwaffenfrei Jetzt!; mehrtägige Mahnwache und Infostand bei der Gamescom; Friedensfahrradtour NRW; 125-Jahr-Feier; Infostände bei Stadtteilständen, gemeinsame monatlichen Infostände mit dem Kölner Friedensforums in der Innenstadt; Mitveranstaltung von Vorträgen und Workshops zu Friedensthemen

Netzwerke. Jeweils ein bis zwei Gruppenmitglieder halten den Kontakt zu zivilgesellschaftlichen Organisationen und Bündnissen, bspw. Antimilitaristisches Aktionsbündnis Köln; Friedensinitiativen in 2 Kölner Stadtteilen; Kölner Friedensforum; Naturfreunde Köln; Neue Entspannungspolitik jetzt!; Pax-Christi-Gruppe Köln; Quäker; Runder Tisch Frieden im Erzbistum Köln; Nachdenkseiten-Gesprächskreis Köln; Veteran Intelligence Professionals for Sanity/Veterans for Peace (USA); Kölner Bündnis „Stopp TTIP/CETA“ jetzt „Kölner Bündnis für gerechten Welthandel“; Klimaratschlag Köln

Pläne für 2018. Weiterentwicklung der Verteilung von Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten unter den Gruppenmitgliedern für inhaltliche Themen/Kampagnen, interne (Gruppenleben-) und externe (Aktions-) Organisation; Beteiligung am Ostermarsch Rhein-Ruhr, an den Aktionswochen in Büchel, der Friedensfahrradtour NRW, Protest gegen Rüstungsmessen und Militarisierung der Jugend ...

DFG-VK-Gruppe Köln; c/o Friedensbildungswerk Köln; Obenmarspforten 7-11; 50667 Köln; Telefon 0221-98510677 (Harald Fuchs); E-Mail: koeln@dfg-vk.de; Homepage: www.friedenkoeln.de

Die hier veröffentlichten Texte stammen von Michael Sünner, Stefanie Intveen und Harald Fuchs.

Zur Nachahmung empfohlen

Mit einem Kunstwettbewerb junge Menschen mit Pazifismus in Verbindung bringen

Unsere Planungen mit ersten Ideen für Veranstaltungen im DFG(VK)-Jubiläumsjahr 2017 begannen bereits im August 2016.

In mehreren Vorbereitungstreffen wurden zunächst Ideen gesammelt, die Möglichkeiten und Zweckmäßigkeiten von Veranstaltungen und Aktionen überprüft, auch unter den Aspekten möglicher Breitenwirkung in der Öffentlichkeitsarbeit, neue Herangehensweisen an das Thema Frieden und besonders auch die Ausrichtung auf junge Menschen.

Angeregt durch einen im zweiten Halbjahr 2016 veranstalteten Kunstwettbewerb in Köln nahmen wir die Idee auf, einen Schülerkunstwettbewerb zum Thema Frieden und Pazifismus zu veranstalten, der mit der Prämierung bei der 125-Jahrfeier seinen Höhepunkt finden sollte.

Die Vorbereitungen wurden in einem dynamischen Konzept ständig weiterentwickelt und Anfang 2017 so umfangreich, dass wir uns entschlossen haben, für die bis dahin nur ehrenamtliche Arbeit und speziell für die Koordination eine Honorarkraft für 10 Monate zu beschäftigen.

Auszüge aus dem Konzept. Idee: Schulkinder und/oder Jugendliche aus Köln und Umgebung sollen gemeinschaftlich ein Kunstwerk zum Thema Frieden herstellen und sich auf diese Art und Weise mit dem Thema gedanklich und gefühlsmäßig auseinandersetzen. Im Idealfall machen sie sich die Sinnlosigkeit kriegerischer Gewalt und die Möglichkeit von Wegen zum Frieden klar, bevor sie von der Bundeswehr umworben werden.

Stichpunkte: Streitschlichtung, zivile Konfliktlösung, Erziehung zur Friedensgesinnung in Landesverfassung und Schulgesetz, Nachhaltige Entwicklungsziele der UN (SDG) mit dem neuen Ziel 16: Frieden.

Form: Wettbewerb mit Prämierung durch eine künstlerische und friedenspolitische Fachjury.

Teilnehmer*innen und -bedingungen: Schüler zwischen 6 und 18 Jahren als Gruppen von mindestens zwei Personen mit erwachsener Begleitung aus Schulen und Jugendgruppen.

Selbst geschaffene Kunstwerke, Bild(er), Skulpturen zum Thema Frieden/Pazifismus, fristgerechte Anmeldung und Einsendung mit kurzem Entstehungsbericht, transportabel zur Ausstellung bei der Jubiläumsfeier.

Genauso wie das Gesamtkonzept wurde auch ein projektbezogener dynamischer Finanzplan aufgestellt und damit ständig die Möglichkeiten der Finanzierung neu bestimmt. Hierbei waren neben den Veranstaltern, Kooperationspartnern und der Jury auch die Sponsoren sehr wichtig und bildeten den finanziellen Rahmen für die Werbung, Durchführung und Prämierung des Kunstwettbewerbs.

Hierzu gehörten u.a. der Förderverein Friedensforum und das Friedensbildungswerk Köln, das DFG-VK-Bildungswerk NRW, Plan e.V., Juroren von Forum Ziviler Friedensdienst, Alanus-Hochschule und der Kunsthochschule für Medien, die Fa. Gerstaeker, „Ein Herz lacht“ und die Bürgerstiftung Köln.

Von der Koordinatorin wurde als erstes ein entsprechender Flyer entwickelt, der in zwei Auflagen an alle Schulen und Jugendeinrichtungen mit Unterstützung des Schulamtes und des Jugendamtes der Stadt per Briefpost und per E-Mail verschickt wurde und in dem Kontaktmöglichkeiten und Unterstützung angeboten wurden. Außerdem konnten Preise für die zu prämierenden Gruppen ausgelobt werden.

Auch über zahlreiche persönliche Kontakte wurde das Projekt Schülern, Eltern und Lehrern bekannt gemacht, so dass sich im Laufe der Zeit 10 Grup-

pen anmeldeten, von denen es vier bis zur Prämierung bei der Jubiläumsfeier schafften. Für die Jury war die Platzierungsentscheidung nicht leicht und sie einigte sich auf einen ersten Platz für die Gruppe des Nippes-Museums, die das Erlebniswochenende auf einem Bauernhof gewann, und setzte drei Gruppen auf den zweiten Platz, die Pestalozzi-Förderschule Brühl, die Marienschule Opladen und das Erzbischöfliche Irmgardis-Gymnasium in Köln-Bayenthal, die einen Kletterhallenbesuch gewannen. Alle einzelnen Teilnehmer*innen wurden außerdem mit persönlichen Urkunden, Stifte-Sets und Schokolade prämiert.

Die Terminierung zur Realisierung der Preise zog sich noch in das erste Quartal 2018, so dass auch der dynamische Finanzplan noch nicht ganz abgeschlossen ist. Die Gesamtaufwendungen inklusive der Sachspenden betragen fast 4000 Euro.



Zur Geschichte der DFG-VK-Gruppe Köln

in den 1980er Jahren in persönlichen Erinnerungen von Harald Fuchs

Im März 1973 wurde mir vom Prüfungsausschuss für Kriegsdienstverweigerer beim Kreiswehersatzamt die Berechtigung abgesprochen, den Kriegsdienst mit der Waffe aus Gewissensgründen zu verweigern. Darüber war ich so empört, dass ich kurz darauf dem Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK) beitrug. Es gab damals in Bergisch Gladbach eine aktive Gruppe des VK. Durch die Fusion mit der DFG-IdK wurde ich so am 24. November 1974 Mitglied der neukonstituierten DFG-VK.

Nach dem Zivildienst war ab 1982 meine erste Arbeitsstelle die Position des Hauptamtlichen Pädagogischen Mitarbeiters des Jugendclub Courage in Köln.

Die DFG-VK war damals eine sehr aktive Gruppe mit einigen hundert zahlenden und einem Kreis von ca. 10 bis 20 aktiven Mitgliedern. Namentlich erinnere ich mich an den damals schon betagten Ferdi Hülser, der in der Nazi-Zeit aktiv Widerstand geleistet hatte. Weiterhin an Elfi Thurow, die eine wichtige integrierende und repräsentierende Funktion im von der DFG-VK mitinitiierten Kölner Friedensforum einnahm. Thomas Brieden war damals Vorsitzender der Gruppe, weitere wichtige Mitglieder, denen der Erfolg der Etablierung des bis heute aktiven Jugendclub Courage zu danken ist waren Wolfgang Hommel, Eva Behrens (später Behrens-Hommel), Christine Schweitzer, Wolfgang Kissenbeck, Angelika und Michael Roesrath, Kay Wulkow, Guido Grünewald; viele weitere damals Aktive habe ich namentlich nicht mehr im Gedächtnis.

Treffpunkt und zugleich mein Arbeitsplatz war das Büro der DFG-VK Köln in der Clever Straße 9. Im Halbsouterrain waren alte Kinosessel aufgestellt, in denen man komfortabel die Sitzungszeiten verbringen konnte; anschließend ging man zum Griechen um die Ecke essen und trinken.

Neben den Gruppentreffen war die Beratung für Kriegsdienstverweigerer kontinuierlicher Bestandteil der politischen Arbeit der Gruppe. Zweimal wöchentlich fanden Beratungstermine mit „Scheinverhandlungen“ statt, in denen sich angehende Kriegsdienstverweigerer auf die Verhandlungen vor den Prüfungsausschüssen mit ihren berühmten Fangfragen vorbereiten konnten. Diese Beratungstermine wurden rege in Anspruch genommen und führten zu einem kontinuierlichen Zustrom neuer Mitglieder.

Als ich nach Köln kam, war gerade der Aufschwung der Bewegung gegen die Stationierung von atomar bestückten Mittelstreckenraketen der USA in Deutschland und anderen europäischen Staaten in vollem Gange. Es wurden aktiv in Zweiergruppen von Haustür zu Haustür die Bürger in ihren Häusern aufgesucht, um Unterschriften für den „Krefelder Appell“ zu sammeln. In jedem Stadtviertel wurde eine Friedensinitiative gegründet. Spezielle Aktivitäten des Jugendclub Courage waren die Beteiligung am Rosenmontagszug mit „Dina“, einem grünen lindwurmartigen Dinosaurier, in dem mehrere Gruppenmitglieder unter einer gemeinsamen „Haut“ mitliefen unter dem Motto: „Ausgestorben – zu viel Panzer, zu wenig Gehirn!“. Des öfteren wurden mehrtägige Fahrten nach Mutlangen zu Mahnwachen vor der dortigen Stellung von Atomraketen unternommen.

Nach der Idee von Thomas Brieden wurde jährlich vom 6. bis 9. August auf der Domplatte eine Ausstellung gezeigt, die der Kölner Friedensbewegung von Kazuo Soda geschenkt worden war, einem Überlebenden (Hibakusha) der Atombombe von Hiroshima. Zu Ostern war die Gruppe am „Ostermarsch Rheinland“ und der dazugehörigen Mobilisierung mit Flugblättern und wildem Plakatieren beteiligt.

Hinzu kamen Kundgebungen und Konzerte im Rahmen einer Kampagne für die Wehrdienstverweigerung sowie Aktionen vor dem Kreiswehersatzamt, um Wehrpflichtige zur Kriegsdienstverweigerung zu animieren.

Als ich nach Köln kam, war die Friedensdemonstration am 10. Oktober 1981 zur Kundgebung auf der Bonner Hofgartenwiese mit ca. 300 000 Teilnehmern schon Geschichte.

Ein Höhepunkt meiner Arbeit in Köln war die Mobilisierung und Organisation der großen Bonner Friedensdemonstration anlässlich des Besuchs des amerikanischen Präsidenten Reagan am 10. Juni 1982 mit ca. 500 000 Teilnehmern.

1983 folgten die gewaltfreien Blockadeaktionen in Mutlangen und Hasselbach/Hunsrück im Rahmen der Kampagne „Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung“.

Zu den großen Erfolgen dieser Zeit gehört die Gründung des Friedensbildungswerkes Köln 1982. Die Idee kam von Elfi Thurow, die auf die Möglichkeiten des damals novellierten Erwachsenenbildungsgesetzes NRW aufmerksam machte. Ohne die Zusammenarbeit im Rahmen der DFG-VK Köln wäre das Friedensbildungswerk Köln ebensowenig entstanden wie der Jugendclub Courage. Im Oktober 1985 wechselte ich dann als hauptamtlicher pädagogischer Mitarbeiter zum Friedensbildungswerk.

Mit der Unterzeichnung des INF-Vertrages durch USA und die Sowjetunion 1987 und dem Abzug und Vernichtung der atomaren Mittelstreckenraketen setzte eine Beruhigung und ein Abflauen der Friedensbewegung ein. Der Ost-West-Gegensatz erschien dank des „neuen Denkens“ des sowjetischen Generalsekretärs Gorbatschow überwindbar, eine Zeit des Friedens, der Verständigung und der weltweiten Abrüstung erschien in Reichweite.

„Was macht eigentlich unser politischer Geschäftsführer?“

Die Kolumne von Michael Schulze von Glaßer

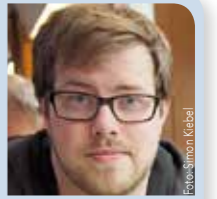
Es ist Ende Februar: In den letzten Monaten wurde das DFG-VK-Jahr 2018 geplant, und auch die ersten Aktionen wurden durchgeführt – es gab Proteste gegen den internationalen Soldatengottesdienst in Köln, eine Aktion gegen die geplante Rüstungsmesse Itec in Stuttgart, und auch bei einer Pressekonferenz und einer Aktion zum „RedHandDay“, dem internationalen Tag gegen Kindersoldaten, war ich dabei. Gerade sitze ich im nordhessischen Kassel, wo eines der zuvor geplanten Projekte bei einem Wochenend-Treffen angestoßen wird – eine neue Website, auf der es um die Kosten des Militärs für jede und jeden Einzelnen geht. Mehr kann ich dazu aktuell noch nicht verraten. Hoffentlich kann das Projekt bis zum Ende des Jahres realisiert und damit das Geheimnis gelüftet werden. Hier rauchen auf jeden Fall die Köpfe, und es ist genau dieses Engagement vor allem der vielen ehrenamtlichen aktiven DFG-VK-Mitglieder, das den Verband ausmacht: Der unermüdliche Einsatz für eine gerechtere und bessere Welt!

Laute(r) Alternativen. Dieser Einsatz ist angesichts der gerade im sicherheitspolitischen Bereich festgefahrenen Regierungspolitik auch dringend nötig. Im Koalitionsvertrag steht zu allen Themen in diesem Bereich ein „weiter so“ – Auslandseinsätze sollen ebenso fortgeführt werden wie die eingeleitete Aufrüstung der Bundeswehr. Auch bewaffnungsfähige Drohnen sollen kommen. Eine Bilanzierung der seit zwei Jahrzehnten verfolgten Militärpolitik findet dabei nicht statt – das Gewalt-Paradigma ist in der deutschen Außenpolitik fest verankert. Durch „Angstmacherei“ vor Terrorismus und mit dem Verweis auf die Aufrüstung anderer Nationen soll die

Bevölkerung dazu gebracht werden, diesen politischen Kurs mitzutragen. Auch die Debatte um nicht funktionierendes Militärgerät bei der Bundeswehr muss als „strategisches Rumgeheule“ bezeichnet werden: Immerhin ist der Verteidigungsetat von 1999 bis 2017 inflationsbereinigt um etwa 28 Prozent gestiegen. Für uns muss es dabei nicht heißen, einfach nur gegenzuhalten, sondern auch eine positive Vision zu formulieren. Das Militär präsentiert sich oft als „Macher“, und uns wird vorgeworfen, die Menschen in Krisengebieten „im Stich“ lassen zu wollen – was selbstverständlich nicht stimmt. Wir sollten uns aber merken, unsere Vorschläge für eine friedlichere und gerechtere Welt deutlicher zu formulieren und nach außen zu tragen. Frieden ist mehr als nur die Abwesenheit von Krieg. Das sollten wir den Menschen in unseren zukünftigen Materialien, Texten und Forderungen klarmachen. Auch wenn das sicher nicht immer einfach ist.

Struktur(eller) Wandel. Denn politische Kommunikation und Politik unterliegen einem dauernden Wandel. Es gibt immer neue Herausforderungen, sich zu positionieren – wie gerade beispielsweise der Konflikt zwischen der Türkei und den Kurdinnen und Kurden in Nordsyrien zeigt. Auch die Methoden politischer Arbeit erfordern ständige Veränderung: Was heute noch modern ist, kann morgen schon alt und ineffizient sein. Die DFG-VK hat in den letzten Jahren bei ihrer Außendarstellung einen guten Weg eingeschlagen dabei, mit der Zeit zu gehen: Dass dies erfolgreich ist, zeigt u.a. die steigende Mitgliedszahl. Doch auch die Strukturen unseres Verbands müssen sich modernisieren und aktuellen Gegebenheiten angepasst werden. Das heißt vor allem, sich zu konsolidie-

In dieser Kolumne berichtet Michael Schulze von Glaßer, politischer Geschäftsführer der DFG-VK regelmäßig, was in der DFG-VK-Geschäftsführung gearbeitet wird, welche Themen im Fokus sind, welche Materialien erstellt werden etc.
Kontakt: svg@dfg-vk.de



ren, wozu der Bundesausschuss bereits Beschlüsse gefasst hat: Inaktive Gruppen müssen – so sie wirklich kein Lebenszeichen mehr von sich geben – aufgelöst werden, um mit den freierwerbenden Finanzmitteln aktive Gruppen und Mitglieder zu unterstützen. Hier sind vor allem die Landesverbände bei der Umsetzung gefragt. Sehr entscheidend für die Zukunft der DFG-VK wird auch die gerade anlaufende Diskussion über eine neue Satzung sein: Wie werden der Bundesausschuss und der Bundessprecherinnen- und sprecherkreis in Zukunft aussehen? Wie die bezahlten Stellen des politischen Geschäftsführers und des Medienverantwortlichen? Und wie werden die Finanzmittel verteilt werden? Alles wichtige Fragen, die teilweise – für unseren Verband – auch sehr mutiger Vorschläge und Ideen bedürfen. Dazu gehört es, sogar über die DFG-VK hinauszudenken. Wie viele Friedensgruppen gibt es, mit denen wir schon heute eng zusammenarbeiten und inhaltlich nahezu deckungsgleich sind? Es gibt Gründe, warum die Friedensbewegung in Deutschland so aufgesplittert ist – doch diese liegen mittlerweile oft in weiter Vergangenheit und scheinen angesichts der geringen Größe der gesamten Bewegung obsolet. Ob in der DFG-VK oder in der gesamten deutschen Friedensbewegung: Wir müssen zusammenrücken, uns konsolidieren und werden unsere Forderungen nach dem mit Sicherheit nicht leichten Luftholen umso lauter, schlagkräftiger und erfolgreicher in Welt hinausposaunen! Gehen wir's an!

Global betrachtet

Nachrichten aus dem weltweiten KriegsgegnerInnen-Netzwerk

Von David Scheuing

Ein großer Abgang. Zum Jahresende 2017 hat die britische NGO *Women Peacemakers Program* leider ihre Arbeit eingestellt – nach über 20 Jahren Aktivismus für den Frieden. Die Aktivist*innen schreiben, dass sie es vorziehen, zu gehen und andere Wege des Aktivismus einzuschlagen, als sich immer weiter in immer engere Finanzierungs-bürokratie zu begeben. Ein aufrüttelnder Appell an uns alle! Mit Schmerz und Zuversicht verabschieden sie sich in ihrem letzten Rundschreiben (<http://www.womenpeacemakersprogram.org/news/after-20-years-wpp-closes-its-doors>) – nicht jedoch, ohne noch eine letzte große Dokumentation online zu stellen: https://www.youtube.com/watch?v=_klUG3VfcNI. Sehenswert, bemerkenswert, ein großer Abgang.

Auf dem Bundeskongress im letzten November in Berlin wurde David Scheuing als neuer Vertreter der DFG-VK bei der War Resisters' International (WRI), dem internationalen Dachverband der DFG-VK mit Sektionen in weltweit 45 Ländern, gewählt. Zukünftig berichtet er regelmäßig in der *ZivilCourage* aus der WRI, um den LeserInnen das globale Engagement von KriegsgegnerInnen sichtbar zu machen. Das werden keine tieferen Analysen werden, sondern kleine kursorische Überblicke und Nachrichten; es geht dabei nicht um Vollständigkeit, vielmehr um Illustration. Ideen und Vorschläge für kommende Ausgaben sind erwünscht. Der Autor ist per E-Mail erreichbar unter david.scheuing@t-online.de



Militarisierung der Polizei. Nicht nur in Deutschland und Europa ist die Militarisierung der Polizei ein Thema – global betrachtet lernen Polizeiapparate voneinander. Sie lernen Taktiken, Bewaffnungen, Interventionen und speisen eine schleichende, aber kontinuierliche Militarisierung. Im Dezember ist eine Ausgabe des *Broken Rifle* der War Resisters' International unter diesem Thema erschienen, mit vielen Berichten aus Lateinamerika und Afrika dazu. Aber es gibt auch Widerstand: <https://www.wri-irg.org/en/bulletin/broken-rifle/108/broken-rifle>

Die weltweite Wiederkehr der Wehrpflicht. In einer ernüchternden Bilanz führt Hannah Brock (WRI-Programm „Right to Refuse to Kill“) die weltweiten Trends zur Wiedereinführung der Wehrpflicht detailliert auf. Nicht nur gibt es immer noch in über 100 Staaten weltweit den Kriegsdienstzwang, er wird auch wieder neu eingeführt oder gar ausgeweitet, wie in den skandinavischen Staaten. Es gilt zu erinnern: Auch hierzulande ist die vom Grundgesetz her mögliche Wehrpflicht lediglich ausgesetzt und kann per einfachem Gesetz wieder eingeführt werden. Widerstand ist weiterhin nötig. Der Artikel ist auch auf deutsch zu lesen: <https://www.wri-irg.org/de/artikel/2018/kehrt-die-wehrpflicht-zurueck>. Zu einer ähnlichen Einschätzung gelangt auch das *European Bureau for Conscientious Objection* (EBCO, Europäisches Büro für Kriegsdienstverweigerung): <http://www.ebco-beoc.org/node/427>

Lateinamerikanische Bündnisse. Das sehr aktive und erfolgreiche Bündnis *Ramalc* der Antimilitarist*innen Lateinamerikas und der Karibik (so die Eigenbezeichnung) traf sich im November in Paraguay, nahezu



gleichzeitig mit dem DFG-VK-Bundeskongress. Dort diskutierten sie Strategien, um gegen die „Militarisierung des Geistes und der Körper“ Widerstand leisten zu können. Wichtiger Bestandteil des Regionaltreffens waren die lokalen Erfahrungen der Bewohner*innen militarisierter Zonen im Norden Paraguays. Darüber hinaus hielten die Aktivist*innen auch ein Training zu gewaltfreien Aktionen ab. Der Bericht ist zu lesen unter: <http://ramalc.org/2017/11/30/finalizado-en-cuentro-internacional-antimilitarista-en-paraguay>

Der eiserne Griff der Rüstungsindustrie auf europäische Verteidigungspolitik. Die NGO *Vredesactie* aus Belgien hat eine furiose Analyse der Verschränkung von europäischer Waffenlobby und europäischen Institutionen vorgelegt. Im Fazit hält der Autor fest, dass die Schaffung des European Defense Fund nicht anderes als eine permanente Kriegswirtschaft in Europa etabliert hat, so dass immer umfangreichere Waffeneporte zu einem Ziel der Politik an sich geworden sind. Der ganze Report auf Englisch hier: <http://enaat.org/2017/10/19/how-the-arms-industry-is-hijacking-europes-defence-policy-a-new-report-from-vredesactie>. Immer wieder erhellend in dieser Hinsicht ist der „Data Browser“ von *Enaat* (European Network Against Arms Trade) zu europäischen Rüstungsexporten: <http://enaat.org/eu-export-browser/licence.en.html>

#NoCopAcademy. In Chicago richtet sich effektiver Protest vieler Bürger*innen gegen die Einrichtung einer Polizeiakademie in der Stadt. Die Menschen sind über die immer weiter fortschreitende Militarisierung der Innenstädte entrüstet und protestieren: für Schulen, gegen die weitere Aufrüstung der Polizei. Eine spannende Kampagne, die vielleicht auch uns bald notwendig erscheint, wenn die Pläne der (möglichen) großen Koalition umgesetzt werden. <https://www.chicagoreader.com/Bleeder/archives/2017/10/13/rahms-police-academy-plan-met-with-youth-led-backlash-from-nocopacademy-campaign>



Eritrea: der Zusammenhang zwischen Militarisierung und Flucht. Im November 2017 trafen über 100 Aktivist*innen und Geflüchtete aus Eritrea bei einem Symposium in Brüssel zusammen, das die Menschenrechtsverbrechen in Eritrea

diskutierte. Die Sonderberichterstatterin der UN war ebenfalls anwesend, und das Statement zum Ende der Konferenz bezeichnet einen eindeutigen Zusammenhang zwischen innerer Militarisierung, Menschenrechtsverletzungen und der Flucht

vieler Männer* aus Eritrea. Die Konferenz wurde unter anderem von Pro Asyl und der WRI ausgerichtet. Mehr dazu findet sich hier: <https://www.wri-irg.org/en/story/2017/un-special-rapporteur-emphasises-gravity-human-rights-violations-eritrea>

Globale Kampagne gegen Militärausgaben

Einladung zur Mitwirkung an der Kampagne 2018 vom 15. April bis zum 3. Mai

Von Guido Grünewald

Seit 2011 finden im April die globalen Aktionstage gegen Militärausgaben statt, ins Leben gerufen vom Internationalen Friedensbüro (IPB), in dem die DFG-VK Mitgliedsorganisation ist. Inzwischen unterstützen mehr als 100 Organisationen aus 35 Staaten die Kampagne. Bei den Aktionstagen 2017 gab es 116 Veranstaltungen und Proteste in 30 Ländern.

In diesem Jahr finden die Aktionstage vom 15. April bis zum 3. Mai statt und stehen unter dem Motto „Reducing 10 % of military assets will help saving our planet. Take action!“ Eine aktuelle *Sipri*-Studie zeigt, dass bereits die Umverteilung von 10 Prozent der weltweiten Militärausgaben – unvorstellbare 1600 Milliarden US-Dol-

lar – helfen würde, die Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDG = Sustainable Development Goals) der Vereinten Nationen zu erreichen.

Das IPB ruft Organisationen wie Einzelpersonen auf, mit fantasievollen Aktionen die Umwidmung von Rüstungsgeldern vorrangig für folgende Zwecke zu fordern:

- Frieden durch Abrüstung, Vorbeugung und Lösung von Konflikten und menschliche Sicherheit;
- Nachhaltige Entwicklung und Programme gegen Armut;
- Kampf gegen Klimawandel und den Verlust von Biodiversität;
- Soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte, Gleichstellung und die Schaffung sog. Grüner Arbeitsplätze;



- » • Humanitäre Programme zur Unterstützung der gesellschaftlich schwächsten Gruppen.

Im Aufruf der Kampagne heißt es: „Jeder kann als Einzelperson oder als Gruppe mitmachen! Ob eine Informationsveranstaltung, Aufklärung auf der Straße, die Verteilung von Infobroschüren, Workshops an Schulen oder Universitäten, ein Theaterstück oder Kunstprojekt – lasst eurer Fantasie freien Lauf!“ Aktionsbeispiele finden sich in der Broschüre zu den letzt-

jährigen Aktionstagen (http://demilitarize.org/wp-content/uploads/2017/09/GDAMS_2017_Final_Report.pdf) sowie in der Fotogalerie rechts unten auf der Website (<http://demilitarize.org/gdams/>). Einzelpersonen können sich an der Selfie-Kampagne beteiligen; Einzelheiten siehe <http://demilitarize.org/get-involved/>

Angesichts der klaren Verpflichtung zur Aufrüstung im Vertrag der möglichen schwarz-roten Koalition und einer ähnlichen Positionierung

anderer Parteien sind die globalen Aktionstage gegen Militärausgaben eine gute Gelegenheit, unseren Protest auszudrücken und Alternativen aufzuzeigen. Informationen über geplante Aktionen sowie spätere kurze (Foto-/Video-)Berichte sollten an folgende E-Mail-Adresse geschickt werden: coordination.gcoms@ipb.org

Guido Grünwald ist internationaler Sprecher der DFG-VK.

der sollte wissen, dass das Zusammenführen aller erfassten Daten unter Umständen auch große Nachteile mit sich bringen kann. Werbe-Spam-Mails sind oft eine harmlose Begleiterscheinung – manchmal wird aber die Herkunft dieser Mails verschleiert und die Benutzerin/der Benutzer dazu aufgefordert, Login-Daten preiszugeben. Das kann dann zum Beispiel dazu führen, dass Unbefugte Zugang zu persönlichen Daten bekommen – bis hin zu nicht autorisierten Abbuchungen vom Konto. Wer also seine Geheimnummern preisgibt, hat sehr wohl etwas zu befürchten.

Durch Videoüberwachung in der Kombination mit Gesichtserkennung und Kennzeichenerfassung können Bewegungsprofile erstellt werden. Durch die vom Europäischen Gerichtshof für illegal erklärte anlasslose Vorratsdatenspeicherung von Telekommunikationsdaten erhoffen sich Sicherheitsbehörden, im Vorfeld geplante Terroranschläge verhindern zu können. Das ist natürlich eine nicht realisierbare Phantasie, wie sie im Steven-Spielberg-Film „Minority Report“ gezeigt wurde. Denn kein noch so perfektes K(ünstliche)-I(ntelligenz)-Computersystem vermag in die Köpfe der Menschen zu schauen.

Vor allem die Unionsparteien sind zwar bestrebt, einen Überwachungsstaat einzurichten, übertragen dabei die Kosten der Datensammlungen aber an private Unternehmen. Daten wecken Begehrlichkeiten. Datenschutz und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung wird daher

Du bist ein potenzieller Terrorist! Deshalb will ich Deine Daten.

Es ist mir egal, ob die Vorratsdatenspeicherung von E-Mail-, Internet- und Telefonverbindungen die Privatsphäre verletzt!

Wehrst Du Dich?
www.vorratsdatenspeicherung.de

von der Regierung und Konzernen als Behinderung empfunden. „Das Prinzip der Datensparsamkeit kann nicht die Richtschnur sein für die neuen Produkte“, sagte die Kanzlerin vor einem Jahr auf dem IT-Gipfel in Saarbrücken.

Datensparsamkeit ist aber neben der Erforderlichkeit und der Zweckbindung eine wichtige Richtschnur für die Erhebung von Daten. Es gehört zu den Aufgaben der Datenschutzbeauftragten, einen Schutz vor missbräuchlicher Datenverarbeitung zu gewährleisten. Es gilt, den „gläsernen Menschen“ zu verhindern und den Schutz der Privatsphäre unter Beachtung der Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG-neu) zu garantieren. Dieses Gesetz wurde nach der Veröffentlichung der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO) inzwischen überarbeitet.

Datenschutz in der DFG-VK. Eine Relevanz hat die Tätigkeit des Datenschutzbeauftragten für die DFG-VK, wenn in nicht-öffentlichen Stellen (beispielsweise Unternehmen, Vereine), mehr als neun Personen (§ 4f Abs. 1 Satz 1 und 4 BDSG) ständig mit der automatisierten Verarbeitung dieser Daten beschäftigt sind oder Zugriff auf diese Daten haben. Automatisiert ist eine Verarbeitung, wenn hierzu Da-

tenverarbeitungsgeräte (PCs) verwendet werden. Erfolgt die Datenverarbeitung z.B. mittels Karteikarten, so ist sie nicht-automatisiert, und ein Datenschutzbeauftragter wird erst ab der Grenze von 20 Personen benötigt.

§ 4f Abs. 3 Satz 7, Abs. 2 BDSG verlangt, dass der Datenschutzbeauftragte nur bestellt werden darf, wenn er die notwendige Fachkunde und Zuverlässigkeit besitzt. Zur Erhaltung der zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Fachkunde hat die verantwortliche Stelle dem Beauftragten für den Datenschutz die Teilnahme an Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen zu ermöglichen und deren Kosten zu übernehmen.

Als Mitglied im Vorstand der Deutschen Vereinigung für Datenschutz e.V. (DVD) bin ich, von Beruf Grafik-Designer, für die Gestaltung der quartalsmäßig erscheinenden Datenschutz-Nachrichten verantwortlich. Dadurch habe ich ständig Zugang zu den Informationen bezüglich der aktuellen Ereignisse und gesetzlich bedingten Entwicklungen. Wer ein Anliegen zum Datenschutz hat, kann mich unter folgender Mail-Adresse erreichen: datenschutz@dfg-vk.de

Frans Valenta, aktiv in der DFG-VK-Gruppe Bonn-Rhein-Sieg, ist Datenschutzbeauftragter der DFG-VK.

„Verbergen-können ist hilfreicher Schutz“

Datenschutz generell und in der DFG-VK

Von Frans Valenta

Wer nichts zu verbergen hat, hat nichts zu befürchten.“ Dieser Satz wird immer wieder hervorgeholt, um Datenschutz in Frage zu stellen. Dabei ist er nur eine simple

Behauptung, die sich schnell widerlegen lässt. Sie geht von der Annahme aus, dass alle Menschen auf diesem Planeten redliche Absichten haben. Die Existenz von Kriminalität und Kriegen zeigt, dass ein bestimmter Anteil an Menschen anderen Menschen Schaden zufügt – meist aus Profitgier oder Machtinteresse.

Daraus lässt sich im Umkehrschluss der Satz ableiten: „Wer in der Lage ist, etwas zu verbergen, hat weniger zu befürchten.“

Durch die von Edward Snowden veröffentlichten Unterlagen hat das Thema Datenschutz einen besonderen Stellenwert im Bewusstsein der Bevölkerung erhalten. Aber auch wenn die NSA das Handy der Bundeskanzlerin abhören, kommen allenfalls Aussagen wie „Ausspähen unter Freunden, das geht gar nicht“. Konsequenzen

gibt es dennoch nicht. Im Gegenteil: Überwachung und die ungehemmte Erfassung von Daten mit dem Geschäftsmodell „Datenhandel“ soll gesellschaftsfähig gemacht werden. Bundesinnenminister Thomas de Maizière im Tagesspiegel vom 16. Februar 2017: „Daten als das neue Öl, das neue Gold, als Währung, als Produktionsfaktor, als Rohstoff des 21. Jahrhunderts. Viele – mal mehr, mal weniger gelungene – Bilder wurden in den vergangenen Jahren entworfen, um die Bedeutung von Daten für die digitale Entwicklung zu unterstreichen. Mittlerweile hat wohl jeder verstanden, dass Daten auch zu attraktiven Wirtschaftsgütern geworden sind.“

Leider ist vielen Menschen nicht bewusst, dass sie bereits Teil dieser Wertschöpfung sind. Wer unbekümmert bei Facebook postet und der Welt Einblicke in sein Beziehungsgeflecht zeigt, mit „WhatsApp“ kommuniziert, wer Google durch spezifische Anfragen Einblicke in sein Persönlichkeitsprofil gibt und Amazon auf Grund der Einkäufe und des Surfverhaltens seine Konsumwünsche offenbart, wer ständig seinen Peilsender (im Volksmund „Handy“ genannt) dabei hat,



Schwung des Friedensnobelpreises nutzen

DFG-VK-Aktive bei der Preisverleihung in Oslo

Von Roland Blach

Am 10. Dezember wurde in Oslo der Friedensnobelpreis an die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (Ican) verliehen. Die Kampagne besteht aus etwa 470 Partnerorganisationen in über 100 Staaten. In Deutschland sind rund 70 Organisationen Teil der Kampagne, unter anderem die DFG-VK. Zwei Gründe waren im Nobelpreiskomitees für die Verleihung ausschlaggebend: Erstens wurde die Kampagne dafür ausgezeichnet

ne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei. jetzt“ in Oslo vertreten. Die Erlebnisse der beiden Tage in Norwegen werde ich mein ganzes Leben in mir tragen.

Die Verleihung selbst habe ich nicht im Rathaus miterlebt, sondern direkt nebenan im Nobel Peace Center, wohin die Verleihung live übertragen wurde. Es war sehr emotional, dabei ein Teil der 250 aus aller Welt angereisten Menschen unserer Kampagne zu sein. Es sprachen Berit Reiss-Andersen, Vorsitzende des Norwegischen Nobelpreiskomitees, Beatrice Fihn, Ican-Direktorin, und Setsuko Thurlow als Überlebende des Atomwaffeneinsatzes in Hiroshima.

„Die Geschichte der Atomwaffen wird ein Ende haben, und es liegt an uns, welches Ende es sein wird. Das Ende der Atomwaffen oder das Ende von uns“, betonte Beatrice Fihn in ihrer Rede zur Annahme des Friedensnobelpreises und warnte: „Ein Moment von Panik oder Unachtsamkeit, eine missverstandene Äußerung oder ein verletztes Ego – das kann schnell zur Zerstörung ganzer Städte führen.“

Die Hiroshima-Überlebende Setsuko Thurlow, die den Preis gemeinsam mit Fihn entgegennahm, sprach über die Opfer des Atombombenangriffs auf die japanische Stadt: „Jeder Mensch wurde von jemanden geliebt. Lasst uns dafür sorgen, dass ihr Tod nicht vergeblich war.“

Thurlow war 13 Jahre alt, als die Atombombe über Hiroshima explodierte. Heute ist die Japanerin 85 Jahre

alt. Sie will die Erinnerung wach halten: Unzählige Male hat sie erzählt, was sie als Mädchen erlebte, nachdem die Bombe „Little Boy“, so der Codename der US-Luftwaffe, über Hiroshima detonierte und Mutter, Vater und Schwester tötete: „Ich sah einen weißen Blitz. Dann flog mein Körper in die Luft. Als ich in der totalen Stille und Dunkelheit das Bewusstsein wiedererlangte, wurde mir klar, dass ich in den Ruinen des eingestürzten Gebäudes gefangen war. Ich konnte mich nicht bewegen. Ich wusste, dass ich mit dem Tod konfrontiert war.“ Die 85-Jährige beschwor die Weltgemeinschaft: Ein Atomschlag darf nie wieder passieren. Doch noch immer nutzen Staaten Atomwaffen, um tödliche Stärke und Macht zu demonstrieren – wie US-Präsident Donald Trump und der nordkoreanische Diktator Kim Jong Un.

Das Zusammentreffen mit Überlebenden aus Hiroshima und Nagasaki beim traditionellen Fackellauf mit knapp 2000 Menschen war für mich mindestens genauso emotional. Etwa 30 Überlebende waren aus Japan angereist, die älteste von ihnen ist bereits 93 Jahre alt. Ich hatte das Glück, zufällig neben diesen Menschen zu stehen, die vor 72 Jahren die Atombombenabwürfe in Hiroshima und Nagasaki überlebt haben und seither dafür kämpfen, dass niemals wieder Atomwaffen zum Einsatz kommen. Diese, allesamt über 80-jährigen Menschen haben bei mir einen tiefen Eindruck hinterlassen und mir mit ihrer starken Haltung viel Kraft gegeben, weiter für eine atomwaffenfreie Welt einzustehen und diese furchtbaren Waffen endlich aus unserer Welt zu verbannen.

Jetzt gilt es, den Schwung in den kommenden Monaten intensiv zu nutzen. Der Vertrag wurde bislang ledig-

lich von 56 Staaten unterzeichnet und ratifiziert nur von fünf, nämlich dem Vatikan, Kuba, Mexiko, Guayana und Thailand. Seit 20. September 2017 liegt der Vertrag zur Unterzeichnung bei der Uno aus. Die Niederlande waren als einziges Natoland am Beschluss beteiligt, unterzeichnet haben aber weder die neun Atommächte noch einer der Natostaat.

Seit Januar steht die sogenannte Domsday Clock auf zwei Minuten vor zwölf. Die Gefahr eines Atomkrieges war nach dem Zweiten Weltkrieg noch nie so groß wie heute. Aktuelle Krisen, insbesondere um Nordkorea, aber auch zwischen den USA und dem Iran, um die Ukraine und Syrien, verdeutlichen die Sorge vor einem auch atomaren Weltenbrand.

Vor diesem Horrorszenario, das durch die neue US-Nuklearstrategie neue Nahrung erhalten hat, und begünstigt durch den Rückenwind des Friedensnobelpreises werden wir unsere ganze Kraft darauf fokussieren, die Staaten zur Ratifizierung des Vertrages zu bewegen. Wir haben uns das Ziel gesetzt, dies in 1000 Tagen oder drei Jahren zu erreichen. Wir werden mit voller Power 2018 den Druck verstärken, um der Friedenslogik, um Dialog und Kooperation, Entspannung und Abrüstung zum Durchbruch zu verhelfen. Und das Atomwaffenverbot durchzusetzen.

Deutschland spielt als Nato-Staat mit einer aktiven nuklearen Teilhabe dabei eine Schlüsselrolle. Die neue Bundesregierung muss Farbe bekennen, dem Verbotsvertrag von Atomwaffen beitreten und den Abzug der 20 Atomwaffen aus Büchel auf den Weg bringen. Es ist fahrlässig, dass die Bundesregierung diesen wegweisenden UN-Vertrag auch durch den Koalitionsvertrag boykottiert und sich an die fatale Nuklearallianz mit den USA klammert. Sie muss sich – auch im Sicherheitsinteresse Deutschlands – endlich von der Abschreckung und der gefährlichen Eskalationspolitik Trumps lösen. Nur so kann sie glaubwürdig und wirksam für Abrüstung und Deeskalation eintreten.

Auch die deutsche Bevölkerung möchte die Ächtung dieser grausamen Waffen und den Beitritt Deutschlands zum Verbotsvertrag. Das zeigen repräsentative Umfragen. Offiziell bekennt sich die Bundesregierung zu einer Welt ohne Atomwaffen. Doch wenn es konkret wird – beim Beitritt zum Verbotsvertrag und beim Abzug der Bomben aus Deutschland – knickt sie vor dem Druck der US-Regierung ein und versteckt sich hinter der Nato-Mitgliedschaft. Noch.

Wir wollen diese gefährliche Doppelmoral beenden. Der Friedensnobelpreis half und hilft uns, für diesen dringenden Politikwechsel endlich die öffentliche Aufmerksamkeit zu bekommen, die das Thema verdient.

Seit Bekanntgabe des Nobelpreises wurden bereits verschiedene Aktivitäten durchgeführt: Die neue Unterschriftenaktion an die Bundesregierung „Unterzeichnen Sie das UN-Atomwaffen-Verbot!“ wurde gestartet; die 43000 Unterschriften unter den Appell „Taten statt leere Worte“ wurden übergeben; am 18. November fand ein bundesweiter Aktionstag statt inklusive einer Menschenkette zwischen der US-amerikanischen und der nordkoreanischen Botschaft in Berlin mit 750 TeilnehmerInnen; parallel zur Verleihung des Friedensnobelpreises gab es einige lokale Veranstaltungen. Begleitet wurde all dies von einer breiten Medienberichterstattung, die wir vorher für unsere Aktionen in der Regel nicht erhielten.

Drei zentrale Felder sind uns im Verbund mit vielen Partnern dabei wichtig:

Büchel. Im rheinland-pfälzischen Büchel sind etwa 20 US-Atombomben stationiert. Die US-Regierung plant, diese Atombomben aufzurüsten. Die neuen Atombomben, Typ B61-12, sind zielgenauer, flexibler und dadurch „besser“ einsetzbar. Damit steckt Deutschland mitten in der weltweiten nuklearen Aufrüstungsspirale. All dies wäre unter dem Vertrag verboten. Büchel steht symbolisch für die nukleare Aufrüstung und ist für uns ein zentraler Schlüssel zur Abrüstung. Wir werden, wie zuvor 2016 und 2017, 20 Wochen lang in Büchel protestieren, vom 26. März bis 9. August. Dabei werden viele Gruppen aus ganz Deutschland Aktionen in Büchel durchführen. Jede Gruppe plant und handelt selbstverantwortlich. So z.B. am 26. März



Beatrice Fihn und Setsuko Thurlow nehmen den Friedensnobelpreis entgegen



Protest vor dem deutschen Parlament im November 2017

zum Auftakt, am 2. April beim Ostermarsch oder vom 16. bis 23. Juni bei der IPPNW-Woche. Zusätzlich findet vom 10. bis 18. Juli ein International Action Camp statt. Eine kleine Gruppe hält sich dauerhaft in Büchel auf, empfängt und begleitet ankommende Gruppen und Einzelpersonen.

Lobbying (nicht nur) in Berlin. Insbesondere die künftige Bundesregierung in Berlin und die Landesregierungen sollen angesprochen werden. Der Fokus liegt auf Bundesebene bei der SPD. Auf deren Bundesparteitag ver- >>

» abschiedeten die Delegierten einen Antrag, in dem sie die Vergabe des Friedensnobelpreises an Ican begrüßten. Leider fehlt in dem beschlossenen Antrag eine klare Positionierung für den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbot. Was sich auch im Koalitionsvertrag niedergeschlagen hat, in dem das Verbot gar keine Erwähnung fand. Braucht es so viel Mut, sich in dieser Frage von der bisherigen Politik der Großen Koalition zu verabschieden, die den Verbotvertrag boykottiert hat? Das wollen wir gezielt ändern. Wir wollen nach dem Vorbild Bremens in den Bundesländern Beschlüsse herbeiführen, sich

auf Bundesebene für eine deutsche Unterzeichnung und Ratifizierung des UN-Vertrages über das Verbot von Kernwaffen einzusetzen.

Dezentral. Wir benötigen den intensiven Austausch, kreative dezentrale Aktionen und viel Bildungsarbeit mit allen Organisationen der Zivilgesellschaft, Friedensorganisationen und -gruppen, Jugendverbänden und Gewerkschaften, Mayors for Peace und humanitären Organisationen sowie Kirchen. Besonders wichtig ist dabei die enge Abstimmung mit Ican Deutschland und den Internationalen Ärzten zur Verhütung eines

Atomkrieges (IPPNW). Unser Ziel ist es, in möglichst allen etwa 530 Mayors-for-Peace-Städten in Deutschland aktiv zu sein. Im Fokus stehen dabei Aktionsmöglichkeiten vom 25. März (60. Jahrestag Bundestagsbeschluss zur Stationierung von Atomwaffen) bis zu den Ostermärschen am 2. April sowie eine angedachte Aktionswoche vom 1. bis 8. Juli.

Roland Blach ist Geschäftsführer des baden-württembergischen DFG-VK-Landesverbands und Vertreter der DFG-VK bei der Kampagne „Büchel ist überall: atomwaffenfrei.jetzt“.
Kontakt: blach@dfg-vk.de

densbewegung seine Vision einer atomaren Abrüstung nicht hätte durchsetzen können.

Genau diesen Friedensappell haben die Süddeutsche Zeitung wie auch die die TZ, Münchens meistgelesene Boulevard-Zeitung, aufgegriffen. „Es braucht kluge und besonnene Politiker, die die globalen Herausforderungen erkennen und sich in die andere Seite hinein zu versetzen versuchen. Derzeit haben leider von Washington bis Moskau nationalistische Scharfmacher das Sagen. Ein neuer Gorbi ist nicht in Sicht.“ (TZ vom 19. Februar)

Der zweite Beitrag des Abends beleuchtete einen vergessenen Konflikt: die Lage in Bosnien-Herzegowina nach dem Bürgerkrieg. Nela Isacović, feministische Aktivistin aus Bosnien-Herzegowina, Kooperationspartnerin der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit (WILPF) hat das Friedensabkommen und den Prozess des Wiederaufbaus in Bosnien aus feministischer Perspektive analysiert. Fehlentwicklungen seien die Ausgrenzung der Zivilgesellschaft, die Ausklammerung von wirtschaftlichen und sozialen Rechten, der Neoliberalismus. Nela Isacović appellierte an die bosnische Regierung, bei der kürzlich beschlossenen Reformagenda endlich einen Schwerpunkt auf soziale Gerechtigkeit und Geschlechtergleichheit zu legen.

Schließlich präsentierte Tiffany Easthom, Geschäftsführerin der „Non-violent Peaceforce“, die Konzepte und Erfahrungen mit gewaltfreiem Eingreifen in Konflikte durch ausgebildete FriedensarbeiterInnen.

Atomwaffen abschaffen im Spannungsfeld von EU, USA, Russland. Bei der aktuellen Diskussionsrunde im DBG-Haus am 17. Februar waren Marion Kúpker von der Gewaltfreien Aktion Atomwaffen abschaffen (und DFG-VK-Aktivistin) und der Ex-ARD-Hörfunk-Korrespondent für Osteuropa und Buchautor (u.a. „Bürgerkrieg in der Ukraine“, 2014) Reinhard Lauterbach als Redner eingela-

den. Johanna Bussemer von der Rosa-Luxemburg-Stiftung hatte ihre Teilnahme kurzfristig absagen müssen.

Lauterbach skizzierte die Interessen und Konfliktlinien in der Ukraine, faktenreich und locker vorgetragen. Lauterbach rechnet auf absehbare Zeit weder damit, dass der Konflikt friedlich, noch durch irgendeine Seite gewaltsam gelöst wird, sondern dass er langfristig „eingefroren“ wird.

Marion Kúpker stellte die Kampagne „Büchel ist überall – atomwaffenfrei. jetzt!“ vor. Diese richtet sich gegen die auf dem Bundeswehr-Fliegerhorst Büchel stationierten 20 US-Atombomben. Mit vielen Bildern vermittelte sie die vielfältigen gewaltfreien Aktivitäten rund um Büchel, die in diesem Jahr fortgesetzt werden.

Weitere Berichte, Links auf Videoaufzeichnungen und Interviews finden sich auf der Internetseite www.friedenskonferenz.info

Mit 350 BesucherInnen am Freitag, ca. 130 am Samstag, qualitativ guten Referaten und einer Verdoppelung der Zahl der Zugriffe auf die Internetseite (über 11 000 im Februar) ist das Projekt „Friedenskonferenz“ weiter auf Erfolgskurs.

Thomas Rödl ist Sprecher des DFG-VK-Landesverbands Bayern und Geschäftsführer des Helmut-Michael-Vogel Bildungswerkes.

Kontakt: muenchen@dfg-vk.de



Thomas Rödl mit den „goldenen Nasen der Rüstungsprofiteure“ vor dem Münchner Rathaus

Friedenskonferenz statt Aufrüstungstreffen

Bereits zum 16. Mal: Gegenpol zur Münchner „Sicherheitskonferenz“

Von Thomas Rödl

Die Weltlage sei derzeit so gefährlich wie im Kalten Krieg, äußerte Konferenzleiter Wolfgang Ischinger in den Tagen vor der sog. Münchner Sicherheitskonferenz. So wurde in manchen Medien die Veranstaltung als „Unsicherheitskonferenz“ apostrophiert. „Jeder gegen jeden ... und alle gegen Russland“, so titelte die Münchner TZ. Oder: „drei Tage maximale Verunsicherung“, so Spiegel-Online über die

Münchner Sicherheitskonferenz. Der Deutschlandfunk ergänzt: „In der Bestandsaufnahme war diese Konferenz stark, weniger darin, konkrete Schritte weg vom Abgrund zu präsentieren.“

Unsere jahrelang in Variationen vorgetragene Kritik, bei der Konferenz ginge es nicht um Sicherheit, sondern um die Durchsetzung westlicher Machtinteressen, wird zwar noch nicht aufgegriffen. Aber offensichtlich führen die Rezepte der „Sicherheits“-PolitikerInnen nur zu immer neuen Kriegen und Aufrüstungsspiralen.

Die 16. Internationale Münchner Friedenskonferenz. Angesichts der andauernden Kriege und von Menschen verursachten Katastrophen will die Friedenskonferenz zivile und gewalt-

freie Konzepte für wirklichen Frieden durch Abrüstung vorstellen. Seit Jahren arbeiten wir daran, dass die Beiträge zur Friedenskonferenz von den Medien als ernsthafte Alternativen wahrgenommen werden. Zur diesjährigen Friedenskonferenz hatten wir Michail Gorbatschow eingeladen. Er lehnte leider aus Alters- und Gesundheitsgründen ab. Dr. Franz Alt, seit einigen Jahren im Ehrenkurat der Friedenskonferenz, erklärte sich bereit, seinen Friedensappell zu überbringen: „Nie wieder Krieg! Kommt endlich zur Vernunft.“

Franz Alt bezeichnete Gorbatschow als „mutigsten und bedeutendsten Politiker des 20. Jahrhunderts“, weil dieser die größte Bedrohung der gesamten Menschheit überwunden hat – einen möglichen Atomkrieg in Europa. Er hatte den Mut zum ersten Abrüstungsschritt. Eine Renaissance der Friedensbewegung müsse heute stattfinden, für die Abrüstung von Massenvernichtungswaffen, meinte Alt. Gorbatschow habe mehrmals betont, dass er ohne die westliche Frie-



Die PodiumsteilnehmerInnen am 16. Februar bei der Friedenskonferenz: Tiffany Easthom, Clemens Ronnefeldt, Heidi Meinzolt, Nela Porobic Isacovic, Franz Alt



Wolfgang Schrank
* 2. Mai 1950
† 1. März 2018

Bert Brecht hat für einen Grabstein, den er nicht brauche, aber wenn wir ihn brauchten, empfohlen, doch zu vermerken, er habe „Vorschläge gemacht. Wir haben sie angenommen. So wären wir alle geehrt.“

Wolfgang Schrank, in der Haltung und Orientierung eine Brecht'sche Persönlichkeit, hat Schiffe zu Wasser gelassen, er hat uns angeheuert, mit Treibstoff versorgt und losgeschickt... In das „uns“ nehme ich alle hinein, die er als Mitarbeitende, als Klientinnen, als Partner, Freundinnen, politische Mitstreiter, als Kundinnen und Lieferanten in „seiner“ sozialen Einrichtungen, Gremien, Projekte, Netzwerke, Aktivitäten mit hinein genommen hat. Gerade die, die ihm am nächsten waren, wissen am besten, dass sie seinen Kosmos an Impulsen und Initiativen, Unterstützung und Fürsorge, Liebe und Ermächtigung nur zum Teil überblicken.

Sein plötzlicher Tod aus voller Fahrt mag manches dieses großen Bescheidenen nun etwas sichtbarer machen. In Frankfurt zählen die Orte, an denen er soziale Einrichtungen gegründet und geleitet hat, im Dutzend, die Kolleginnen, die er eingestellt hat und die an seinem Vertrauen gewachsen sind, zu Hunderten, die Menschen, die er durch praktische Hilfe und lebensklugen Rat oft buchstäblich gerettet hat, zu Tausenden. Als Volksschüler, mehr formale Qualifikation brauchte er nicht, hat er Doktoranden beraten, wie sie ihre Dissertation anlegen, und vielfach wissenschaftliche Forschung beauftragt oder begleitet – um nur an einer Stelle seine Flügelspannweite zu zeigen.

Berufliches und politisches, linkes Engagement waren für ihn die zwei Teile von „Arbeit“, die er als Selbstverwirklichung in der humanen Gestaltung der Welt verstand. Im Segment Frieden waren seine herausragenden Leistungen die Mitgründung der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden, die Mitgestaltung der Fusion zur DFG-VK und der langjährige Vorsitz der DFG-VK-Gruppe Frankfurt, und seine tragende Leistung war die Kontinuität einer fünfzigjährigen aktiven Mitgliedschaft. „Diese sind unentbehrlich“, schrieb Bert Brecht.

Gerd Bauz

Welche Zukunft will die DFG-VK haben?

Fragen und Vorschläge zur Weiterentwicklung der DFG-VK

Von Tobias Damjanov

Offene Grundsatzfragen. So wichtig die Aktionsorientierung der DFG-VK auch für mich ist: Ich bin überzeugt, dass wir allein damit nicht die hinreichend notwendige Politikbefähigung unseres Verbandes erreichen. In der Öffentlichkeit auffallen ist eine Sache. Eine ganz andere Sache ist es, von unseren Gegnern in Regierung und Wirtschaft auf Augenhöhe behandelt zu werden. Das wäre Politikbefähigung. Und von der sind wir meilenweit entfernt.

Wir lügen uns in die Tasche, wenn wir die Umfragewerte zu Rüstungsexporten, Auslandseinsätzen, Atomwaffen als wirklichen Erfolg umdefinieren. Kriege und Waffenpotenziale sind nicht weniger geworden, und derartige Umfragen wirken sich nicht auf das Verhalten der Bundestagsparteien aus, von der Linken vielleicht einmal ein wenig abgesehen. Allein eine Vermehrung von Infoständen, Demos, Vortragsveranstaltungen, Presseerklärungen, „likes“ unter Facebook-Postings usw. wird nicht ausreichen, um wirksame Entscheidungen in unserem Sinne zu erzielen. Was uns besonders fehlt, sind - inner- (Mitgliederentwicklung) wie außerverbandlich (Bündnispolitik) - strategische Konzepte, die nicht nur beschlossen, sondern auch praktiziert werden.

Unser politisch-pazifistischer Anspruch: Wie stellen wir uns ein pazifistisches Deutschland vor? Wie stellen wir denen, die wir von unseren grundsätzlichen Zielen überzeugen wollen, das konkrete Aussehen einer Gesellschaft vor, die auf Waffenexporte und Rüstungsproduktionen verzichtet, die sich keine Armee mehr leistet – und die stattdessen was macht? Als Zielbestimmung reicht es nicht, eine Welt ohne Waffen und Krieg nur zu fordern, sondern wir müssen die Wege dort-

hin und v.a. die zukünftige Gesellschaft auch nachvollziehbar beschreiben können, an der Umgestaltung der Grundwertestimmung in unserem Land arbeiten.

„Utopien“ sind von unseren Gegnern absichtlich negativ besetzt. Weil sie eine tiefsitzende Angst vor solchen Utopien haben. Je konkreter pazifistische Utopien würden, desto mehr müssten sie befürchten, dass ihnen ihr profitbringender, menschenverachtender Militarismus Schritt für Schritt abgerungen wird. Warum verzichten wir auf diese schärfste gewaltfreie Waffe und „beschränken“ uns nur auf Verhinderungsforderungen? Die riesige Aufgabe heißt: Unsere Utopien müssen positiv rüberkommen. Wie gelingt es uns, eine Verbandsstrategie, eine Verbandsphilosophie zu entwerfen, die ein pazifistisches Deutschland zum Ziel hat?

Was zählt die/der Einzelne im Verband? Die DFG-VK hat es verstanden, individuelle Überzeugung (der KDV-Akt) mit kollektivem Handeln (gemeinsam für Abrüstung und Frieden) zu verquicken. Das ist „das Gute“ an der DFG-VK, eines ihrer Alleinstellungsmerkmale: Ich möchte aus meiner Überzeugung, ein politischer Pazifist zu sein, etwas Sinnvolles machen, aber nicht allein für mich.

Ich habe erleben müssen, dass selbstemanzipatorische Grundsatzdiskussionen, politischen Pazifismus zu qualifizieren, in einer nachgerade bürokratischen Verwaltungsmentalität, wie ich jetzt die nächste Aktion am besten organisiere usw., erstickt werden. Und nicht zuletzt nehme ich Theoriefeindlichkeit im Verband wahr. Warum beschäftigen wir uns nicht mit Denkmodellen zur Realisierung unserer Utopien, warum nutzen wir nicht das geistige Potenzial all derjenigen

Tobias Damjanov ist seit über 40 Jahren in verschiedenen Funktionen in der DFG-VK engagiert und tätig, u.a. in verschiedenen Landesverbänden und dem damaligen Bundesvorstand. Zuletzt war er Mitglied im Landesarbeitsausschuss in Nordrhein-Westfalen und von 2015 bis 2017 im BundessprecherInnenkreis. Nachdem er im Herbst 2017 aus beiden Gremien ausgeschieden ist, hat er nun in einem längeren Resümee viele Fragen formuliert und Vorschläge gemacht. Hier wird eine Kurzfassung dieser Überlegungen veröffentlicht, die zur strategischen Weiterentwicklung der DFG-VK anregen soll.

Die ausführliche Fassung ist nachzulesen in der Online-Version dieser *ZivilCourage* unter www.dfg-vk.de/verbandszeitung bei Heft 2/2018.



im Verband und seinen Bündnisrändern, deren individueller Lebensgestaltung es ansonsten nun mal nicht (mehr) entspricht, hinter einem Info-Tisch zu stehen oder an hamsterähnlichen Org-Sitzungen teilzunehmen, bei denen eine*r spricht und die wenigen Anderen erklären müssen, warum sie keine Zeit haben.

Konkrete Vorschläge. Die so genannte „Einbindung“ jüngerer Mitglieder über U-35-Treffen, im Bundesaussschuss und nun auch als BSK-Mitglieder sowie eine offenbar nicht mehr negative Mitgliederzahlenentwicklung sollten nicht über die Gefahr hinwegtäuschen, dass hier nur der Aktivenstamm verjüngt wird und ansonsten alles so weiter geht wie bisher. Uns fehlen systematische Kommunikations- und Austauschmöglichkeiten, die sowohl unseren Inaktiven wie Neueingetretenen die Möglichkeit bieten, sich mit ihren ureigenen Ideen zu Wort zu melden; es fehlen Vermittlungsangebote zwischen alt und jung, zwischen erfahren und weniger erfahren.

Zum Bundesausschuss (BA)

- Der BA sollte zuvörderst ein Gremium sein, das zwischen den Bundeskongressen politische Entwicklungen, die das Verbandsanliegen betreffen, analysiert und daraus Entscheidungen/Empfehlungen für die Verbandspolitik ableitet und beschließt. Die Vermittlung von Fachinformationen ist allenfalls ein Nebengleis.
- Jede/jeder, die/der von einem Bundeskongress (Buko) in eine bundesverbandlich relevante Funktion gewählt wird, muss auch Vollmitglied des BA sein. Damit meine ich die vom Buko gewählten Vertreter*innen wie den internationalen Sprecher der DFG-VK, den Vertreter der DFG-VK im BSV, die Vertreter*innen für Antiatomwaffenarbeit, usw.
- Der BA braucht einen geschäftsführenden Ausschuss, der (a) rechtzeitig (!) die Tagesordnungen erarbeitet, (b) für die zeitnahe Veröffentlichung von BA-Beschlüssen innerhalb des Verbandes Sorge trägt, (c) extrem aktuelle Entwicklungen in den BA einbringt. Die gegenwärtige Praxis grenzt an Stümperei.
- Dieser Ausschuss sollte aus BA-Mitgliedern bestehen, die arbeitsmäßig nicht so stark belastet sind wie Hauptamtliche und BSK-Mitglieder
- 1-2 Tage nach jeder BA-Sitzung wird an Gruppen und Aktive eine

Kompaktinfo gemailt, die nur basisrelevante BA-Beschlüsse zusammenfasst. Darauf zu setzen, dass Landesverbände und/oder BSK das von sich aus tun (und wann?), ist zu unstrukturiert und im schlimmsten Fall zufallsorientiert.

Zum Bundessprecher*innenkreis

- Wenn eine Mehrheit im Verband der Meinung ist, der BSK sollte so weiter arbeiten wie bisher, reicht ein solcher BSK aus Bundespressesprecher*in, Bundesgeschäftsführer*in und Bundeskassierer*in, denn alle anderen bisherigen BSK-Mitglieder arbeiten wie Sachreferent*innen zu Einzelthemen, wozu es völlig reicht, wenn sie dem BA angehören (s.o.). Ein Dreier-BSK ist außerdem kostengünstiger und arbeitseffizienter (Terminabsprachen, Reaktionsschnelligkeit).
- Sollte sich aber der BSK in erster Linie mit strategischen Grundsatzfragen des Verbandes beschäftigen und diese sowohl für Entscheidungsfindungen von BA und BUKO aufbereiten als auch Orientierungsvorschläge für die Verbandsbasis ableiten, wäre ein Bundesvorstand mit Sachreferent*innen (zu denen auch die bisher einzeln vom BUKO Gewählten gehören müssten, die bis dato ohne jegliche Bundesgremienanbindung arbeiten) überlegenswert. Die thematischen Zuordnungen wären eindeutig und vom BUKO beschlossen, womit auch die Qualifikation der jeweiligen Kandidat*innen für das jeweilige Sachgebiet klarer nachzuvollziehen wäre, aus deren Bündelung die systematische Erarbeitung von Zukunftsvorstellungen und eo ipso Politikbefähigung eher zu erarbeiten wäre.

Zum inhaltlichen Zusammenhalt

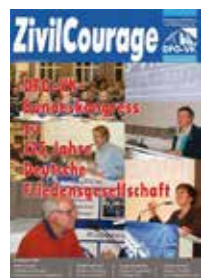
- Inverbandliche Weiterbildung: Schulungsangebote für die Gruppenpraxis (wie werbe ich neue Mitglieder? Wie führe/gestalte ich eine Ortsgruppe?), besonders Angebote, wie man Gruppenmitglieder (Inaktive!) anspricht und was alteingesessene Mitglieder an „die Jungen“ weiterzugeben haben wie auch umgekehrt (!),

Aufarbeitung von Grundsatzpositionen (was ist politischer Pazifismus?).

• Das Ost-West-Gefälle in der DFG-VK: Mit der unterschiedlichen Historie von BRD und DDR gerade im Hinblick auf Friedensbewegung sind bis heute deutliche Unterschiede für das Auftreten der DFG-VK gegeben. Es geht nicht um ein Kopieren von West nach Ost, sondern um die Entwicklung eines längst überfälligen Problembewusstseins, dass unsere Freundinnen und Freunde „im Osten“ unter reichlich anderen Voraussetzungen die Fahne der DFG-VK hochzuhalten bereit sind als „wir im Westen“. Überlegenswert erscheint hier ein „Ost-West-Austauschforum“, denn das Grundproblem wird nicht dadurch gelöst, dass Ost-Vertreter*innen in Bundesgremien vertreten sind.

• Inverbandliche Vernetzung: Nur eine kleine Zahl von Aktiven plus auch nicht alle gewählten Funktionär*innen auf Landes- und Bundesebene sind an bestimmten Informationsflüssen beteiligt. Warum nicht landesverbandsübergreifende Diskussionsrunden, gegenseitige Besuche von Landeskonferenzen oder auch beschlussfreie Arbeitstreffen von Landesverbandsvertreter*innen zwischen den BA-Sitzungen? Die Telefonitis einiger weniger untereinander reicht da überhaupt nicht, weil sie einen „inner circle“ bilden, aus dem viel zu häufig nur geschlossen gefertigte Meinungen nach außen dringen, wenn überhaupt. Motivation zum Handeln erwächst aus der Eigenbeteiligung an Entscheidungen. Verantwortung lässt sich nicht von anderen für andere beschließen, sondern ist immer Ausdruck selbstemanzipatorischer Willensbildung.

Ein Epilog, der ein Prolog ist. Steht auf, meldet euch zu Wort, sagt, was die DFG-VK besser machen soll. Gremien sind immer nur so gut, wie es ihre Basis ist. Schon woanders „zu sehr“ aktiv? Kennen eure jeweiligen Mitstreiter*innen die Grundsatzklärung der WRI? Fordert die DFG-VK, eure Mitgliedsorganisation, heraus, euch zu unterstützen.



„Das Verschweigen der verdeckten DKP-Einflussnahme in der Verbandsgeschichte ist ein Offenbarungseid“

Zur Titelgeschichte und dem Bericht über den DFG-VK-Bundeskongress in der *ZivilCourage* Nr. 1/2018

Als langjähriges Mitglied (seit 1980), das nicht auf dem Bundeskongress war, reibt man sich angesichts der abgedruckten Beiträge zum 125-jährigen Jubiläum verwundert die Augen.

War da nicht noch was? Nämlich der Beginn der größten Krise der DFG-VK seit Ende des Zweiten Weltkrieges ab 1990, an deren Folgen – insbesondere durch rasanten Mitgliederverlust – der Verband noch bis heute leidet.

Deswegen noch mal zur Erinnerung: Nach dem Zusammenbruch des osteuropäischen Kommandosozialismus war unübersehbar, wie sehr die DFG-VK in den Jahren vor 1990 in Gefahr war, zum „verlängertem Arm“ einer Partei zu werden, nämlich der DKP, die mit finanziellen Ressourcen aus der DDR sich Einfluss regelrecht „erkaufte“, nämlich durch weit überwiegend verdeckte Zahlungen an Funktionäre und für Sachleistungen an große Landesverbände und auch den Bundesverband. Und das plötzliche Ausbleiben dieser Zuwendungen führte eben 1990 zum organisatorischen und finanziellen Kollaps der unterstützten Landesverbände (insbesondere NRW und Hessen).

Als Mitglied der damals panikartig und ad-hoc vom Bundesausschuss berufenen bundesweiten Untersuchungskommission zur verdeckten Einflussnahme der DKP war ich entsetzt, wie sehr das Maß der verdeckten Einflussnahme auch noch die finsternen Vermutungen derjenigen überstieg, die schon immer eine gewisse Distanz zu sozialistischen Theorien à la DKP hatten – allen voran damals der Landesverband Baden-Württemberg – und dafür zum Teil übelst ange-

gangen und von der politischen Arbeit ausgegrenzt wurden.

Die Ergebnisse der Untersuchungskommission führten dazu, dass sich viele Mitglieder der DFG-VK, die sich nicht als „verlängerter Arm“ der DKP politisch instrumentalisieren lassen wollten, eben von der DFG-VK abwandten. Die damaligen Mitgliederverluste hat die DFG-VK bis heute nicht überwunden. Und zu all dem gab es weder im Vorfeld noch auf dem Bundeskongress selbst anscheinend irgendeine Äußerung, die eines Abdrucks in der *ZivilCourage* würdig erschien – meines Erachtens ein ziemlicher Offenbarungseid.

Und gerade Kathrin Vogler, die als NRW-Landesgeschäftsführerin ab 1990 mit den „Aufräumarbeiten“ im am stärksten betroffenen Landesverband zu tun hatte und in ihrem Beitrag die parteipolitische Unabhängigkeit der DFG-VK beschwört, hätte es gut angestanden, genau diese Gefahr des „verlängerten Arms einer oder mehrerer politischer Parteien“ am konkreten Beispiel der Verbandsgeschichte darzustellen.

Auch vom „Verbandshistoriker“ Guido Grünewald hätte ich zumindest einige Worte zu dieser großen Krise unseres Verbandes erwartet – umso mehr, als er z. B. von mir sämtliche Unterlagen dieser damaligen Untersuchungskommission zur Aufbewahrung und Auswertung bekommen hatte.

Auch das Verschweigen von Geschichte ist in den meisten Fällen Geschichtsfälschung.

Wolfgang Hoepfner

Anmerkung der Redaktion:

Die Darstellung von Wolfgang Hoepfner ist mindestens unvollständig. In der *ZivilCourage* Nr. 1/2017 wurde der Vortrag „Erfolgreich trotz Verfol-

gung. 1892-2017: 125 Jahre Deutsche Friedensgesellschaft“ von Wolfram Wette, den er beim Neujahrstreffen des DFG-VK-Landesverbands Baden-

Berichtigung

In der *ZivilCourage* Nr. 1/2018 gab es diese Fehler, die wir zu entschuldigen bitten:

- Guido Grünewald hat zwar beim DFG-VK-Bundeskongress im November 2017 einen Vortrag über die Geschichte der DFG(-VK) gehalten; der auf den Seiten 12 ff. veröffentlichte Text war allerdings das Manuskript seines Vortrages, den er zum selben Thema bei der Jubiläumsfeier der DFG-VK-Gruppe Köln am 24. November 2017 gehalten hat.
- Auf der Seite 18 war aufgelistet, wer vom DFG-VK-Bundeskongress für welche Funktion gewählt worden war. Vergessen wurde leider Elsa Rassbach, die – neben Hedwig Sauer-Gürth – ebenfalls für die Vertretung bei der Ramstein-Kampagne gewählt wurde.
- In der *ZivilCourage* 4/2017 hatten wir – in Erwartung einer damals wahrscheinlichen – „Jamaika-Koalition“ Mitglieder des BundessprecherrInnenkreises um Einschätzungen gebeten. Leider war die von Torsten Schleip zum Thema Atomwaffen „untergegangen“. Für die Ausgabe 1/2018 mit dem Redaktionsschluss 21. Dezember war eine „nachholende Veröffentlichung“ unpassend, weil die Jamaika-Sondierungen gescheitert waren und der weitere Regierungsbildungsprozess völlig offen war. Die Einschätzung von Torsten Schleip ist nun zu finden in der Online-Ausgabe der *ZivilCourage* unter www.dfg-vk.de/verbandszeitung bei Heft 4/2017.

Württemberg gehalten hatte, als Titelgeschichte veröffentlicht. Darin hieß es (auf Seite 10):

„Die DFG wehrte sich mit diversen Abgrenzungsbeschlüssen. Aber ihr Verhältnis zur DKP und zur DDR blieb letztlich ungeklärt. Schwere Schäden fügten der DFG(-VK) jene Friedensbewegten der 1980er Jahre zu, die von „guten“ Raketen im Osten und „bösen“ im Westen schwadronierten und damit friedenspolitische Neutralität vermissen ließen. Als 1989 bekannt wurde, dass DFG-VK-Gliederungen Spendengeld der DKP angenommen hatten, musste der gesamte Bundesvorstand zurücktreten. Ein beträchtlicher Mitgliederschwund folgte auf dem Fuße. Im öffentlichen Bewusstsein blieb der Verdacht hängen, die DFG sei womöglich eine Vorfeldorganisation der Kommunisten.“

Margot Käbmann legt in ihrem Vortrag ein überzeugendes Bekenntnis zum Pazifismus ab. Wir können froh sein, dass sie zu uns gehört und ihre Kraft und ihren Einfluss für unsere gemeinsame Sache einsetzt.

Als kritische Christin stimme ich voll ihrer Aussage zu „die Kirche ist in die Irre gegangen, wann immer sie

Gewalt legitimiert hat“. Das war u.a. bei den Kreuzzügen, der Hexenverfolgung und besonders im Ersten und Zweiten Weltkrieg so. Wie hoffnungsvoll, wenn die evangelische Kirche nun vom „gerechten Frieden“ spricht. Wünschenswert wäre, wenn ihr die katholische Kirche auf ökumenischem Wege schnell folgte und den „gerechten Krieg“ verdammt.

In der „großen Politik“ beklagt man scheinheilig die Kriege, an denen man verdient, und schiebt humanitäre Ziele vor, um militärische Einsätze zu rechtfertigen, sagt Margot Käbmann. Insofern ist es konsequent, nur die Parteien zu unterstützen, die sich gegen kriegerische Einsätze und Erhöhung von Militärausgaben aussprechen.

Es ist traurig, dass die Friedensbewegung „klein geworden“ ist. Viele denken wohl, sie ist überflüssig, weil es hier keine Kriege mehr gibt. Die Gefahr wird aber erst gebannt sein, wenn Kriege weltweit als Mittel der Politik geächtet sind. Von diesem Ziel sind wir leider noch meilenweit entfernt und dürfen es nicht aus den Augen verlieren. Deshalb hat die Friedensbewegung mit der DFG-VK auch weiterhin ihre Existenzberechtigung und muss wachsen.

Uta Binz

FELDPOST



TAGESBEFEHL!

Soldatinnen und Soldaten!

Jetzt ist es amtlich: Unsere Ausrüstung ist mardode, zahlreiche Unterkünfte sind kaum benutzbar, und nur ein Teil unserer Waffensysteme ist einsatzbereit. Von rund 250 Leopard-Panzern sind nicht einmal 100 einsatzfähig und bei den Hubschraubern sieht es noch schlimmer aus. Und wer zerrt das alles in die Öffentlichkeit? Unser Wehrbeauftragter Hans-Peter Bartels hat das in seinem neuesten Bericht festgestellt. Ist doch eine Schande für uns. So werden manche denken. Doch langsam: Noch immer gilt das Ziel für alle Nato-Staaten, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung und Militär auszugeben. Wenn dieses Ziel bis 2024 erreicht werden soll, dann dürfen wir uns schon in den nächsten Jahren auf satten Zuwachs freuen. Die neue Bundesregierung weiß genau, was sie für uns tun muss; und wenn dazu der Herr Putin mit neuen Wunderwaffen protzt, dann wird das alles noch viel schneller gehen und wir wissen am Ende überhaupt nicht mehr, wo wir unsere Munition verschießen sollen, rumms-peng, herrlich! Naja, unserer Ministerin wird schon etwas einfallen. gez. Alex von Ligua, Feldpostmeister

Beitrittserklärung

Ich unterstütze die DFG-VK-Grundsatzerklärung und werde deshalb Mitglied der DFG-VK.

Vorname

Nachname

Geburtsdatum

PLZ + Ort

Straße + Hausnummer

Telefon

E-Mail

Datum

Unterschrift

Beitragsstufen
Ich bezahle diesen monatlichen Mitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen):

- Förderbeitrag Stufe 6 29,00 Euro
- Förderbeitrag Stufe 5 22,00 Euro
- Förderbeitrag Stufe 4 15,00 Euro
- Normalbeitrag Stufe 3 10,00 Euro
- Ermäßigter Beitrag Stufe 2 5,00 Euro
- Mindestbeitrag Stufe 1 2,00 Euro

(Die Stufen 1 und 2 sind nur per halbjährlichem Bankeinzug möglich.)

Darüber hinaus spende ich monatlich Euro.

Darüber hinaus spende ich einmalig Euro.

Zahlungsrhythmus (bitte ankreuzen)

- vierteljährlich
- halbjährlich
- jährlich

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

KontoinhaberIn

IBAN

BIC

Datum

Unterschrift



Das DFG-VK-Spendenkonto
IBAN: DE05 3702 0500 0008 3046 00
BIC: BFSWDE33XXX

DFG-VK-Shop

shop.dfg-vk.de
shop@dfg-vk.de
0711 - 51 89 26 26
Werastraße 10
70182 Stuttgart

- Flyer
- Broschüren
- Bücher
- Zeitschriften
- CDs/DVDs
- Buttons
- Aufkleber**
- Luftballons/Pfeifen
- Fahnen/Banner
- Plakate
- Taschen/Textiles/Co.



14,8 x 10,4 cm
0,15 €*



10,5 x 7,4 cm
0,15 €*



10,3 x 7,4 cm
0,05 €*



10 x 7 cm
0,05 €*



10 x 10 cm
0,15 €*



Ø 12 cm
0,50 €*

* alle Preise zzgl. Versandkosten

Friedlich denken allein ändert nichts. Werde Mitglied der DFG-VK!

Bitte die Rückseite ausfüllen und in einem Fensterumschlag schicken an:

DFG-VK-Bundesverband
Werastraße 10
70182 Stuttgart



Die Grundsatzklärung der DFG-VK:

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.

